Der "Offene Brief" der Gruppe Rote Fahne: Hetze gegen die proletarische Diktatur Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 31. März 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Gegen Unternehmerterror und Bonzenverrat - für 8% und Rationalisierungsschutz

85000 Metaller mehr als 2 Wochen im Kampf

Am Dienstag nach Ostern in den Streiklokalen in Nordbaden/Nord-Württemberg. Die Stimmung ist kämpferisch. Seit mehr als zwei Wochen steht die Streikfront von über 80.000 Metallern für 8% mehr Lohn und Gehalt, für den Schutz gegen Abgruppierungen und drohende Entlassungen. Aber die Freude darüber, daß man durchgehalten hat — dem Aussperrungsterror und der Hetze der Unternehmer zum Trotz — ist nicht ungetrübt. Erbitterte Stimmen gegen die IGM-Bonzen werden laut. Am Dienstag vor Ostern hatte IGM-Steinkühler noch versprochen: Vor Ostern tut sich nichts mehr. Zwei Tage später saß er wieder am Verhandlungstisch und kam den Wünschen der Metall-Bosse so weit entgegen, daß sich sogar die Große Tarifkommission der IG Metall gezwungen sah, eine „zu weitgehende Kompromißbereitschaft" zu kritisieren. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag nach Ostern verschoben.

Gerade die kämpferischsten Kollegen wissen: Egal, ob sie den Verrat sofort perfekt machen oder — aus Angst vor der Basis — noch einige „harte Verhandlungsrunden" folgen lassen. Für den IGM-Apparat gab es von Anfang an nur ein Ziel: Den Streik so schnell wie möglich zu beenden, den Kapitalisten so schnell wie möglich zu einem ihnen genehmen Abschluß zu verhelfen.

Das hat gerade die Woche vor Ostern gezeigt. Erinnern wir uns. Am Montag sperrten die Metallkapitalisten weit über 100.000 Arbeiter aus. Tage vorher hatten sie das angekündigt. Die Empörung unter den Metallern war groß. Spontan regte sich Widerstand. Bei Bosch in Reutlingen und bei SEL in Eßlingen legten die Kollegen bereits am Freitag die Arbeit nieder. Bei Hüller-Hille (Thyssen) und GETRAG in Ludwigsburg weigerten sich am Montag die Angestellten, aus Protest gegen die Aussperrung der Arbeiter, die Arbeit aufzunehmen. Und der IGM-Apparat?

Zwar wurde groß von „Ausweitung des Streiks" getönt. Aber tatsächlich wurde nur 5.000 Kollegen erlaubt, sich in die Streikfront einzureihen. Ja, schlimmer. In vier bestreikten Betrieben wurde noch schnell vor Beginn der Aussperrung der Kampf eingestellt. Der IGM-Apparat hatte mit den betreffenden Unternehmern Einzelverträge abgeschlossen!

Sicher, es gab große Worte gegen die Aussperrung. Aber warum? Um von den Forderungen der Metaller abzulenken (die man insgeheim längst verraten hatte)! Um davon abzulenken, daß nur entschlossener, konsequenter Kampf zum Erfolg führen kann! Bezeichnend, daß vom Tag der Aussperrung an die IGM-Nachrichten, die an die Kollegen verteilt wurden, nicht mehr „Streiknachrichten", sondern „Aussperrungsnachrichten" hießen. Bezeichnend, daß als „Kampf"losung der IGM-Bonzen gegen die Aussperrung gleich mit großen Lettern in den ersten „Aussperrungsnachrichten" propagiert wurde: „Wir wollen arbeiten! Wir wollen arbeiten!"

Die Kollegen wollen aber nicht um Arbeit winseln, vor den Unternehmern zu Kreuze kriechen. Und jetzt, wo sie mit ihrem offenen und versteckten Aussperrungsterror gegen Hunderttausende von Arbeitern in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin vorgehen und aus allen Rohren gegen die kämpfenden Metaller hetzen, erst recht nicht. Sie wollen in diesen Tagen überhaupt nicht arbeiten, sondern streiken, weil sie wissen, daß sie anders ihre Forderungen nicht durchsetzen können. Hunderttausenden in Baden-Württemberg — und auch in Nordrhein-Westfalen — hat der IGM-Apparat das verboten. Aber auch da, wo gestreikt wird, erweisen sich die IGM-Bonzen als Verräter am Kampf, als Edelstreikbrecher. Bekanntlich versuchen die Metallunternehmer mit allen Mitteln Streikbrecher in die Betriebe zu schleusen, an zig Stellen des Betriebsgeländes. Nur starke, geschlossene Streikpostenketten können dagegen etwas ausrichten. Und was tut der IGM-Apparat?

Bei Daimler werden Streikende, die Streikposten stehen wollen, wieder nach Hause geschickt. An anderen Betrieben, wie etwa bei Mahle, sorgt der Betriebsrat dafür, daß immer nur wenige Posten vor den Toren stehen. **Nur da, wo kämpferische Vertrauensleute und die Kollegen die Sache selbst in die Hand**

Fortsetzung auf Seite 5

Bosch-Arbeiter protestieren gegen die Aussperrung: „Aussperrung weg, Streik her!"

Schwerer Unfall auf der Sietas-Werft

Werftarbeiter bewußt in den Tod geschickt

Am Morgen des 21. März arbeitete Nuri Cistci zusammen mit 28 anderen Kollegen am Heck eines Schiffsneubaus auf der Hamburger Sietas-Werft. Gegen 11 Uhr vormittags geschah es: Der stählerne Koloß begann zu beben, ein unheimliches Knistern und Knirschen erfüllte die Luft, dann kippte der 65 Tonnen schwere Heckcolli um.

Der türkische Arbeiter Kema Kaya: „Vorher hörte ich ein gewaltiges Krachen. Das Eisen bebte, und der schwere Schweißgenerator rutschte mir in den Bauch." Kema Kaya wurde über die Deckplanke geschleudert und stürzte acht Meter tief auf das Betonpflaster. Wie durch ein Wunder kamen er und 27 andere Schweißer mit dem Leben davon. Für einen von ihnen, für Nuri Cistci, aber gab es keine Rettung mehr. Nuri Cistci stürzte 15 Meter tief. Ein 60 Kilo schwerer Lüfter erschlug den am Boden Liegenden.

Fortsetzung auf Seite 3



Werftkapitalist Sietas umringt von den Werftarbeitern. Er ist verantwortlich für den Tod des türkischen Arbeiters. Gegen die Kollegen ließ er die Polizei auffahren.

UNO-Truppen im Libanon

Eine Unterstützung der israelischen Aggression

UNO-Truppen sind in der vergangenen Woche in den von Israel besetzten Südlibanon eingerückt. Sie kamen unter dem offiziellen Titel einer Friedensstreitmacht. Aber haben sie der leidgeprüften Bevölkerung dieser Region den Frieden gebracht? Sind sie den israelischen Aggressoren in den Arm gefallen? Nichts von alledem! Der Mordterror der Zionisten gegen das libanesische Volk, gegen die im Libanon lebenden palästinensischen Flüchtlinge geht weiter.

In Tel Aviv verkündete der Kriegsminister Weizman heuchlerisch eine Waffenruhe. Aber die Geschütze der israelischen Kriegsmaschine haben nicht geschwiegen. Sie haben Tod und Zerstörung noch über den Litani-Fluß hinausgetragen und auch die Stadt Nabatiyeh im mittleren Libanon in Schutt und Asche gelegt. Wie jetzt bekannt wurde, haben die

Fortsetzung auf Seite 2

Änderung des Waffengesetzes

Sie fürchten die Waffen in den Händen der Werktätigen

Der Innenausschuß hat dem Bundestag am 10. März eine Änderung des Waffengesetzes vorgelegt. Dies ist nun schon die dritte wesentliche Verschärfung des Waffenrechts seit Anfang der siebziger Jahre. Sorgt sich die Regierung etwa um unsere Sicherheit? Daß man nachts ruhig durch Parks laufen kann? Daß man keine Furcht haben muß, überfallen und ausgeraubt zu werden? Nein, die Waffen in den Händen der Kriminellen schert sie wenig. Ihre Waffengesetze sollen verhindern, daß Waffen in die Hände der Werktätigen kommen.

Gerade der Katalog der „verbotenen Gegenstände" in Paragraph 37 des Waffengesetzes, deren Herstellung, Handel und Besitz mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedroht sind, demonstriert, gegen wen sich dieses Gesetz richtet. Da wird z. B. seit 1973 aufgeführt: „Geschosse, Wurfkörper oder sonstige Gegenstände, die dazu bestimmt sind, leicht entflammbare Stoffe schnell so zu verteilen und zu entzünden, daß schlagartig ein Brand entstehen kann." Mit anderen Worten: Molotow-Cocktails. Und die werden bekanntlich nicht von Kriminellen eingesetzt, sondern beispiels-

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Polizeiplage zu Ostern

Kilometerlange Staus, stundenlanges Warten, Auffahrunfälle und Kettenkarambolagen, das beschert alljährlich zu Ostern ein katastrophales Verkehrssystem den werktätigen Familien, die die Feiertage zu einer Fahrt ins Grüne oder zu Verwandten ausnutzen.

In diesem Jahr wurden sie zusätzlich belästigt — von der Polizei, die ausgerechnet den Osterverkehr an den Grenzübergängen und auf Bahnhöfen scharfen Kontrollen unterzog. Als Vorwand für diese Schikanemaßnahmen mußte die Behauptung herhalten, die „Terroristen" würden den Osterverkehr ausnutzen, um zu reisen. So wurden am Donnerstag vor Ostern die Fahrgäste mehrerer Fernzüge auf dem Frankfurter Hauptbahnhof von einem großen Polizeiaufgebot kontrolliert, weil man angeblich Angelika Speitel unter ihnen vermutete.

Am liebsten möchten sie einem die Ostereier aufbrechen, es könnten ja versteckte Handgranaten sein. Zynisch verlangten die Behörden auch noch „Verständnis" von der Bevölkerung für diese Belästigungen. So will man die Werktätigen an die Polizeistaatmaßnahmen gewöhnen, die zu ständigen Einrichtungen unseres Lebens gemacht werden sollen. Aber diese „Oster-Aktion" der Polizei hat erneut vielen gezeigt, gegen wen sich der wahnsinnige Ausbau des Polizeiapparats richtet: gegen die Werktätigen!

Kostendämpfung auf Kosten der Gesundheit

Laut Beschluß der „Konzertierten Aktion für das Gesundheitswesen" soll die „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen zu Lasten der Werktätigen weiter betrieben werden. So wurden die jährlichen Mehrausgaben der Krankenkassen für die Gesamtvergütungen der Ärzte sowie für Krankenhauskosten auf 5,5%, die Mehrausgaben für Arzneimittel auf 3% und für zahnärztliche Behandlung auf 2,5% beschränkt. Noch 1975 lag die jährliche Steigerungsrate der Ausgaben bei 20%! An diesen Beschränkungen kann man die ganze Menschenfeindlichkeit des kapitalistischen Gesundheitssystems ablesen. Man fragt nicht danach, wieviel werden wir aufgrund der tatsächlichen Krankheitskosten ausgeben müssen. Nein, ungeachtet der Tatsache, daß durch gestiegene Arbeitshetze und Ausbeutung der Krankenstand der werktätigen Bevölkerung immer mehr steigt, richtet man sich einfach nach einer willkürlich festgelegten Geldmenge, die man bereit ist auszugeben. Für die Werktätigen bedeutet das: weniger und schlechtere Medikamente, weitgehende Streichung von Kuren, weitgehende Selbstaufkommen für Vorsorgemaßnahmen und Impfungen, Abfertigung von kranken Werktätigen nach Schema F.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Verbände der Kapitalisten im Gesundheitswesen mit diesen Maßnahmen einverstanden sind. Die Ärzte wenden sich zunehmend ihren Privatpatienten zu, die Zahnersatzhersteller und Zahnärzte können durch höhere Selbstbeteiligung ihre Patienten selbst wieder stärker zur Kasse bitten, die Pharma-Industrie samt Apotheken, die ohnehin immens hohe Profite aus ihren Arzneimitteln geschlagen haben, werden sich eben mehr auf Exporte und nichtrezeptpflichtige Mittel verlegen. Das ganze kapitalistische Gesundheitswesen wird immer offener zu einer Profitmaschine auf Kosten der Gesundheit der Werktätigen.

Orden für Arbeiterverrat

Erstmals ist der DKP ein Orden verliehen worden. So zeichnete jetzt SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzender Honecker das Präsidiumsmitglied der DKP, Max Schäfer, zu seinem 65. Geburtstag mit dem sogenannten „Karl-Marx-Orden", der höchsten Auszeichnung der DDR, aus. Wie SED-Propaganda-Chef Albert Norden von sich gab, wird damit das „beispiellose Leben und Wirken" Max Schäfers als „hervorragender Propagandist des Marxismus-Leninismus seit Jahrzehnten" geehrt. Was das „beispiellose Wirken" Schäfers angeht, so besteht es darin, daß er an der Spitze der DKP den Verrat am Kommunismus und den täglichen Arbeiterverrat mitzuverantworten hat. Seine „hervorragende Propagierung des Marxismus-Leninismus" ist nichts anderes als das revisionistische Geschreibsel in den „Marxistischen Blättern", das der Desorientierung der revolutionären Arbeiter dient. Und daß diese Auszeichnung aus der DDR kommt, spiegelt nur die Tatsache wider, daß dieser Revisionist ein getreuer Lakai seiner sozialimperialistischen Auftraggeber in Moskau und Verräter an der deutschen Nation ist. So ist er stellvertretend für seine Partei geehrt worden! Mag sich Max Schäfer ruhig dieses Blech an seine Verräterbrust stecken lassen, die sozialistische Revolution in Ost- und Westdeutschland wird er nicht verhindern können.

UNO-Truppen im Libanon

Fortsetzung von Seite 1

zionistischen Mörder auch amerikanische Splitterbomben eingesetzt, wie sie von den US-Imperialisten schon in Vietnam abgeworfen wurden. Diese Waffen bestehen aus einem Bündel von mehreren hundert kleinkalibrigen Bomben, die nach dem Abwurf eine Fläche von Hunderten von Quadratmetern zerstören. Die Bombardierung der libanesischen Städte und Dörfer mit dieser von den Pentagon-Generälen erdachten Waffe verfolgt nur ein Ziel: im weiten Umkreis alles Leben auszulöschen.

Aber trotz ihres Mordterrors konnten die israelischen Zionisten ihr Ziel, den gesamten Südlibanon unter ihre Kontrolle zu bringen, nicht erreichen. Die bewaffneten Einheiten der palästinensischen Befreiungsbewegung und libanesische Patrioten setzten ihnen einen erbitterten Widerstand entgegen. Einen Widerstand, der den Aggressionstruppen und ihrem Material schwere Verluste zufügte. Heldenhaft verteidigte sich auch die Hafenstadt Tyr, um die die Besatzer einen Belagerungsring gezogen haben, und die dem pausenlosen Bombardement ihrer Kriegsschiffe und ihrer Artillerie ausgesetzt war.

Und jetzt ist es gerade dieses Tyr, das von den Zionisten nicht erobert werden konnte, in das die sogenannten Friedenstruppen der UNO einziehen. Die französischen Imperialisten haben eine starke Spezialeinheit ihrer Armee nach Beirut in Bewegung gesetzt. Noch auf dem Flughafen dort übermalten die französischen Militärs die Hoheitszeichen auf ihren Militärfahrzeugen, tauschten sie ihre Barette gegen die Blauhelme der UNO aus. Wenn diese französischen Fallschirmjäger die Stellungen der libanesischen und palästinensischen Patrioten in Tyr übernehmen, was bedeutet das dann anderes, als die Patrioten, den Widerstand gegen die zionistische Aggression zu entwaffnen? Die arabischen Völker haben bittere Erfahrungen mit solchen UNO-Truppen gemacht, die schon seit 1956 in verschiedenen Gebieten des Nahen Ostens stationiert sind. Diese sogenannte Friedensstreitmacht hat nicht eine einzige Aggression der Zionisten verhindert, sie hat aber stets einen Sperrgürtel errichtet gegen den gerechten Befreiungskampf der arabischen Völker.

Die Initiative zum Entsenden der UNO-Truppen in den Südlibanon ist von Washington ausgegangen. Carter hat versucht, diesen Schachzug hinzustellen als eine Initiative gegen die israelische Aggression. Aber das ist nur eines der Täuschungsmanöver, wie sie im Weißen Haus täglich ausgeheckt werden. Denn Washington war — das haben die Herren im Außenministerium selbst zugegeben — schon vor dem israelischen Überfall genau über die Invasionspläne der Zionisten orientiert. Die amerikanischen Imperialisten haben in den Gesprächen mit dem Kriegsminister Weizman grünes Licht für den Überfall gegeben. Sie sind es schließlich auch, die den israelischen Zionisten die Mordwaffen geliefert haben, mit denen sie den neuen Angriff gegen die arabischen Völker gestartet haben.

Carter und der Zionistenchef Begin haben zwar bei ihren Gesprächen in Washington den Eindruck zu erwecken versucht, als bestünde ein tiefes Zerwürfnis zwischen ihnen. Tatsächlich aber sind sie im wesentlichen einer Meinung: Sie befürworten den Einsatz der UNO-Truppen insofern, wie er das gleiche Ziel verfolgt wie die israelische Invasion, nämlich die Stellungen der palästinensischen Partisanen im Südlibanon zu vernichten und den zionistischen Gangsterstaat vor den Schlägen der Befreiungsbewegung zu schützen.

Unter der Kappe der UNO-Blauhelme haben jetzt nicht nur die französischen Imperialisten den Boden des Libanon betreten, des gleichen Landes, das sie noch vor 32 Jahren als ihre Kolonie besetzt hatten. **Auch die Bundeswehr hat zum ersten Mal direkt in den Nahostkonflikt eingegriffen. Ihre Militärflugzeuge transportierten Kriegsmaterial für die UNO-Truppen nach Beirut. An einen Einsatz von Soldaten der Bundeswehr wird — so Regierungssprecher Bölling — vorerst nicht gedacht. Wobei die Betonung auf dem „vorerst" liegt. In der Bundeswehr selbst allerdings wird ein offeneres Wort gesprochen. So berichtet der „Rote Marder", die norddeutsche Soldatenzeitung der Partei von einer Unterrichtsstunde in der Hamburger Goltz-Kaserne, wo der Hauptmann Church unverhohlen vom Einsatz der Bundeswehr im Nahostkonflikt gesprochen hat. Und da war dann auch nicht mehr von der UNO-„Friedenstruppe" die Rede, sondern von den Verpflichtungen der NATO, den Verpflichtungen gegenüber dem amerikanischen „Bündnispartner".**

Tatsächlich bedeutet der Einsatz von Truppen der imperialistischen Armeen, auch wenn sie unter dem Firmenschild der UNO auftreten, eine direkte Einmischung der betreffenden Staaten. Gerade die amerikanische Supermacht hat dabei langjährige Erfahrungen. Sie hat ihre Kriege gegen das Volk von Korea, gegen das kongolesische Volk auch unter dem Deckmantel eines Eingreifens der UNO laufen lassen. Und heute hält sich Washington im Hintergrund, läßt aber seine Verbündeten im Libanon aufmarschieren.

Die libanesischen und palästinensischen Patrioten haben sich gegen das Manöver mit den UNO-Truppen gewandt. Sie haben klargestellt, daß es einen Frieden im Südlibanon nur dann geben kann, wenn die israelischen Aggressoren aus dem Land geworfen werden. Und die palästinensische Befreiungsbewegung hat ihren Willen bekräftigt, den Kampf gegen die Zionisten fortzusetzen, bis deren Herrschaft über Palästina gebrochen ist.

Kurz berichtet

Düsseldorf

„Rotglut", die Betriebszeitung der KPD/ML für die Kollegen von Böhler/Düsseldorf, gab jetzt ihre erste Sondernummer für Jugendliche heraus, die ganz von der Betriebszelle Böhler der Roten Garde geschrieben worden war. Anknüpfend an die Lage der Jugendlichen, dem Drill bei der Arbeit, der Trostlosigkeit nach Feierabend, der Arbeitslosigkeit wird erläutert, daß diese Lage gerade das Schicksal der proletarischen Jugend im Kapitalismus ist, gegen das man kämpfen muß. Indem das Leben der Jugend im sozialistischen Albanien gezeigt wird, wird den Jugendlichen der Ausweg des Sozialismus und der Weg dahin, die proletarische Revolution, erläutert. Dann schreiben die Genossen: „Wir sind jung. Die Jugendlichen in der Roten Garde sind wie du... Wir fahren zusammen zelten, organisieren Gitarrenkurse, Kulturabende, wir diskutieren über Fragen, die auch dich bestimmt interessieren und machen noch vieles, vieles mehr." Zum Schluß werden die Jugendlichen aufgerufen, in der Roten Garde mitzukämpfen.



HINEIN IN DIE ROTE GARDE!

In einem weiteren Artikel greifen die Rotgardisten die unverschämten Preiserhöhungen der Rheinbahn an und rufen zum Jugendtreff der Roten Garde auf, um Kampfaktionen dagegen zu organisieren.

Hamburg

Eine gute Idee hatte die Rote Garde Hamburg, als sie die Hamburger Jugendlichen für die Ostertage zu einem Stadtgeländespiel aufrief. In einem Flugblatt schreibt sie: „So ein Stadtgeländespiel ist immer eine besondere Sache. Es herrschen dabei ganz andere Bedingungen, als bei einem normalen Geländespiel. Da kann es z. B. passieren, daß man schnell irgendwohin muß, und da fährt einem die Bahn vor der Nase weg. Oder man muß auf einen Hinterhof, wo ein wildgewordener Hausmeister rumläuft. Da muß man das Menschengewühl als Deckung nutzen, damit man nicht von der Gegenpartei gesehen wird. Außerdem lernen wir bei so einem Spiel Hamburg kennen, finden gute Verstecke, lernen, unbemerkt von einem Stadtteil in den anderen zu kommen usw. Wir werden dieses Wissen eines Tages brauchen..." Am Abend war dann ein Lagerfeuer mit gegrillten Würstchen und Brot vorgesehen und Volks- und Kampfliedern, Spielen und Berichten über Kämpfe in Betrieb, Schule und Kaserne sollten für einen kämpferischen, revolutionären Lagerfeuerabend sorgen. Zum Ostermontag abend kündigte das Flugblatt zum Abschluß der Ostertage eine gemütliche Feier an, um den neuen Rote-Garde-Raum einzuweihen!

Offen gesagt...

Ein Faschist in Ehren

Seit 1976 ist Puvogel Justizminister in Niedersachsen. Oberster Dienstherr für Richter und Staatsanwälte. Offensichtlich hat ihn seine juristische Laufbahn für dieses Amt prädestiniert. Schon 1936, als 25jähriger, promovierte er zum Dr. jur. Die Doktorarbeit: „Leitende Grundgedanken bei der Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher." Ein faschistisches Pamphlet von der übelsten Sorte! Blanker Rassismus: „Nur ein rassisch wertvoller Mensch hat innerhalb der Gemeinschaft eine Daseinsberechtigung... ein schädlicher Mensch ist dagegen auszuschalten."

Und Puvogel blieb nicht bei dem unbeschreiblichen Wort „ausschalten", er forderte offen zum rassistischen Massenmord auf: „Ob das Volk für eine Ausscheidung des Minderwertigen durch Tötung bereits (!) Verständnis aufzubringen vermag, mag dahingestellt bleiben. Sicher aber begrüßt es heute zumindest die Ausrottung des Sittlichkeitsverbrechens und damit die Verhütung einer asozialen Nachkommenschaft." Es ist schon eine üble Verleumdung, daß dieser Faschist dem Volk unterstellt, es habe die Vernichtung von „wertlosem" Leben begrüßt, sicher aber hat das faschistische Naziregime diese „juristische" Rechtfertigung ihres Massenmordes gefeiert.

Und dieser Mensch ist heute Justizminister. Bezeichnend für den Zustand dieses Staates. Geradezu dreist reagierte Puvogel auf die kürzliche Veröffentlichung seiner Doktorarbeit. Er sehe „weder rechtlich noch moralisch" einen Grund zum Rücktritt. Auch heute sei bekannt, daß es „Nichtbesserungsfähige" gebe. Er sehe die Dissertation nach wie vor als „wissenschaftliche" Arbeit an. Es sei ihm darum gegangen, „das damals geltende Recht darzustellen." Und im übrigen, betonte Puvogel, habe ich „seit 1945 beim Aufbau unseres Staates voll meinen Mann gestanden!"

Da hat dieser Faschist allerdings recht. Dieser Staat ist von Anfang an von solchen faschistischen Kreaturen und Verbrechern aufgebaut worden. Sie haben „ihren Mann" gestanden, als es darum ging, die „freiheitlich-demokratische Ausbeuterordnung" aufzurichten. Puvogel ist da noch ein kleines Tier gegen den ehemaligen KZ-Baumeister, der zum Bundespräsidenten ernannt wurde. Oder gegen den hohen Nazipropaganda-Funktionär Kiesinger, der zum Bundeskanzler dieser Republik aufstieg. Ob Schiller, ob Globke, ob Lemmer, Oberländer oder Filbinger, sie alle hatten während des Hitler-Faschismus zahlreiche Verbrechen begangen. Sie alle waren schon bald „würdige" Vertreter dieser „Demokratie".

Es ist bezeichnend, daß Ministerpräsident Albrecht dem Faschisten Puvogel gerade das Justizministerium anvertraute. Für Albrecht, der bereits offen die Folter an politischen Gefangenen propagierte, mußte ein alter Faschist der beste Garant sein, um die Faschisierung der Justiz voranzutreiben. So ist Puvogel nicht nur dadurch aufgefallen, daß er den Justizapparat in Niedersachsen anwies, besonders hart gegen die Grohnde-Demonstranten vorzugehen. In Zusammenarbeit mit Albrecht ist dieser Puvogel auch ein Vorkämpfer des Verbotsantrages der CDU gegen unsere Partei, die KPD/ML. In der Tat: Ein „würdiger" Vertreter dieser „Demokratie"!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Druckereiarbeiter verloren eine Schlacht

Wie konnte es dazu kommen?

Verbitterung, Wut auf die Mahlein, Hensche und Co., zum Teil auch Resignation. So war die Stimmung Anfang letzter Woche in den Druckereibetrieben. Die Bonzen haben den Kampf der Kollegen abgewürgt. Der Tarifvertrag ist Verrat auf der ganzen Linie. Am größten ist die Erbitterung dort, wo die Schwerpunktstreiks waren. Wochenlang hatten die Kollegen im Streik gestanden. Wofür haben sie wochenlang Streikposten gestanden, Opfer in Kauf genommen? Wofür haben die Kollegen in Düsseldorf und Essen Blockaden organisiert und ihren Streik sogar gegen Polizeiaufgebote verteidigt? Doch nicht für einen solchen Schandvertrag, wie die Gewerkschaftsführung ihn da ausgehandelt hat!

Wie kam es zu dieser Niederlage? Fehlte es an Kampfentschlossenheit unter den Kollegen? Nein! Die Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter war hervorragend. Das zeigten nicht nur die Urabstimmungen, bei denen in fast allen Fällen eine überwältigende Mehrheit für Streik stimmte. Das zeigte der gesamte Verlauf dieses monatelangen Kampfes. Das zeigten die zahllosen Warnstreiks, das zeigte der Einsatz der Kollegen als Streikposten, das zeigten die Demonstrationen und Kundgebungen, das machte jede Streikversammlung klar.

Aber jene, die sich ihre Führer und Interessenvertreter nennen, sind ihnen in den Rücken gefallen! Und dieser Verrat begann nicht erst in den letzten Wochen.

Vor mehr als zwei Jahren lief bereits der Manteltarifanhang für die Setzer aus, um den es bei diesem Tarifkampf ging. Erst im Herbst letzten Jahres begannen Verhandlungen. Dabei hatte die verschärfte Rationalisierung schon seit Jahren eingesetzt. Schon vor zweieinhalb Jahren wurde im Stuttgarter Druckzentrum auf die rechnergesteuerten Textsysteme umgestellt: 50 Prozent der Arbeitsplätze wegrationalisiert! Auch der Manteltarifanhang für die Drucker ist seit anderthalb Jahren abgelaufen. Bis heute aber wurden hier keine Verhandlungen aufgenommen. Obwohl auch in diesem Bereich seit Jahren einschneidende Rationalisierungen stattfinden!

Und warum haben die IG-Druck-Bonzen die Manteltarifanhänge von Druckern und Setzern nicht in einem Bündel verhandelt? Sie haben bewußt den Kampf der Drucker und Setzer auseinanderdividiert. Die verräterische Taktik der Schwerpunktstreiks ist nur die Fortsetzung dieser planmäßigen Spaltertätigkeit. Weitere Stationen des Verrats: Anfang Februar, nachdem ungezählte Warnstreiks die Kampfentschlossenheit der Druckereiarbeiter zeigten, mauschelten Mahlein und Co. mit den Kapitalisten einen Tarifvertrag aus, der völlig auf der Linie der Kapitalisten lag. Ein Proteststurm in den Betrieben bis hin zu spontanen Warnstreiks zwang die Bonzen jedoch, diesen Vertrag fallen zu lassen wie eine heiße Kartoffel.

Jetzt blieb dem IG-Druck-Apparat keine andere Wahl mehr: Unter dem Druck der Basis mußte er Kampfmaßnahmen organisieren. Aber statt bundesweitem Vollstreik nur Schwerpunktstreiks. Das ermöglichte es den Pressezaren und Druckereikapitalisten, durch bundesweite Aussperrung in die Offensive zu gehen und zynisch ihre Macht als Eigentümer der Produktionsmittel auszuspielen. Eine ganze Woche lang dauerte der Aussperrungsterror. Die Unternehmer lassen mit sogenannten Notdiensten Notzeitungen produzieren, können in den Akzidenzdruckereien wichtige Druckaufträge durchziehen. Gleichzeitig sparen sie enorme Lohnsummen ein. Tausende unorganisierte Kollegen stehen ohne Lohn und ohne gewerkschaftliche Unterstützung da. Die Kapitalisten nutzen das, um Stimmung gegen den Kampf der Arbeiter zu machen. Sie lassen erpresserische Umfragen unter den Belegschaften durchziehen, wobei die Kollegen unter Nennung ihres Namens erklären sollen, ob sie für oder gegen Streik sind. Gegen all diesen Terror rührt der IG-Druck-Apparat keinen Finger.

Die Taktik der Kapitalisten und des Gewerkschaftsapparats: die Arbeiter nach und nach zermürben. Dabei spielen sie sich gegenseitig die Bälle zu. Und dann: am Sonntag gegen Mitternacht der Schandabschluß. Die Kalkulation der Bonzen ist zunächst aufgegangen. Die Druckereiarbeiter finden in diesem Augenblick nicht mehr die Kraft, sich erneut gegen den Verrat zu wehren.

Eine Schlacht wurde verloren. Aber die Herren sollen nicht zu früh jubeln. In diesem Kampf haben die Kollegen mehr gelernt als sonst in Jahren. Dazu hat auch unsere Partei beigetragen, die sich nach Kräften bemühte, die Front gegen Unterdrückung und Verrat zu stärken. In diesen Wochen des Kampfes entstanden in verschiedenen Städten Gruppen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition unter den Druckereiarbeitern. In den kommenden Kämpfen werden die Kollegen besser gerüstet sein.

Druckindustrie: Was bringt der neue Tarifvertrag?

Grünes Licht für Lohnabbau und Entlassungen

Am Montag nach seinem Nacht- und Nebelabschluß schickte der Hauptvorstand der IG Druck und Papier an alle Ortsvereine ein Schreiben, das von Hensche, dem 2. Vorsitzenden,verfaßt worden ist. Darin heißt es zusammenfassend: „Alles in allem: ein Tarifvertrag, der in den entscheidenden Fragen unsere Forderungen weitgehend erfüllt." Haben also die Druck- und Verlagskapitalisten tatsächlich die Forderungen der Arbeiter erfüllt, obwohl der Gewerkschaftsapparat die Kampffront der Druckereiarbeiter spaltete und einen machtvollen Vollstreik verhinderte? Nein! Die Worte Hensches sind nackter Hohn.

„Keine Entlassungen und keine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Einführung der neuen Technik!" Das war eine der entscheidenden Forderungen der Druckereiarbeiter. Genausowenig, wie der durch den Kampf der Kollegen vor einigen Wochen weggefegte letzte Tarifvertrag, entspricht nun der neue dieser Forderung der Kollegen. Grundsätzlich wird in dem Vertrag anerkannt, daß Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen sein müssen.

So heißt es z. B. in § 7: *„Arbeitnehmer, die durch die Einführung der rechnergesteuerten Textsysteme ihren Arbeitsplatz verlieren und nicht an den neuen Geräten eingesetzt werden oder in anderer Weise beschäftigt werden können, werden nach Maßgabe ihrer fachlichen und personellen Eignung sowie entsprechend der Zahl der neu zu besetzenden Arbeitsplätze im Betrieb bzw. im Unternehmen umgeschult."* Im Klartext: Grundsätzlich dürfen die Kapitalisten Arbeitsplätze vernichten, soviel sie wollen. Insofern durch die Umstellung auf die neue Technik Arbeitsplätze neu besetzt werden müssen, bleibt es den Kapitalisten überlassen, von denjenigen, die sie nicht rausschmeißen, einige für den neuen Arbeitsplatz anzulernen. Das wird dann hochtrabend „innerbetriebliche Umschulung" genannt.

- **Die Forderung, daß Journalisten nicht an die Bildschirme gesetzt werden dürfen, ist in dem Vertrag völlig vom Tisch gewischt. Die Bosse können also Journalisten zur Texteingabe an Bildschirmgeräten zwingen, d. h. zu Setzerarbeit. Auf gut deutsch: Der Vertrag erlaubt ihnen, die neue Technik als Mittel zur hemmungslosen Vernichtung von Arbeitsplätzen einzusetzen.**

Und wie steht es mit der Forderung: **„35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle!"**? Sie ist vollständig abgeschmettert. Sogar die inkonsequente Forderung, die Mahlein und Co. ursprünglich noch aufgestellt hatten, 35-Stunden-Woche für die an den Bildschirmgeräten beschäftigten Kollegen, ist völlig begraben. Es gibt keinerlei Arbeitszeitverkürzung. D. h., es gibt auch keinen Ausgleich dafür, daß die Kapitalisten die Arbeitsintensität und die gesundheitliche, insbesondere nervliche Belastung der Arbeiter mittels der neuen Technik enorm verschärfen. Und mit dem Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung wird gleichzeitig auch darauf verzichtet, den Bossen bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen einen gewissen Bremsklotz in den Weg zu legen.

Eine weitere entscheidende Forderung der Kollegen war: **„Kein Lohnabbau — Absicherung der effektiven Einkommen der Facharbeiter!"** In dieser Beziehung sei „ein entscheidender Durchbruch gelungen." So jedenfalls tönt Hensche, so echot es aus der bürgerlichen Presse. Auch das ist jedoch Augenwischerei. Dieses Geschrei soll zunächst einmal davon ablenken, daß vielmehr den Kapitalisten ein entscheidender Druchbruch gelungen ist. Dadurch nämlich, daß die Forderung: **„Bildschirmarbeit muß tariflich als Facharbeitertätigkeit eingestuft werden"** von der Gewerkschaftsführung völlig verraten wurde.

- **Nach dem Vertrag werden alle Tätigkeiten an rechnergesteuerten Textsystemen tariflich als Angestelltentätigkeit eingestuft.** Das ist genau das, was die Kapitalisten von Anfang an durchsetzen wollten.
- Auch die Forderung: **„Fachkräfte der Druckindustrie an die Bildschirmgeräte!"** ist unter den Tisch gefallen. Der Vertrag beinhaltet lediglich eine löcherige Verpflichtung der Unternehmer, nach der Umstellung auf die neuen Anlagen acht Jahre lang „geeignete" Fachkräfte der Druckindustrie an den Bildschirmen zu beschäftigen, wobei noch eingeschränkt ist: „Sofern sie auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen". Nach diesen acht Jahren hindert die Kapitalisten überhaupt nichts mehr daran, miserabel bezahlte Schreibkräfte an der Bildschirmen ihre Gesundheit ruinieren zu lassen.

Sicher: für Schriftsetzer und Korrektoren, die bereits vor der Umstellung als solche beschäftigt und auch bezahlt wurden, ist eine unbefristete Ausgleichszahlung festgelegt, die ihnen gewährleistet, daß ihr Einkommen nicht unter das Niveau des tariflichen Schriftsetzerecklohns sinkt. Das ist eine Konzession. Aber eben nur eine kleine!

- **Der Ecklohn liegt bei ca. 10 Mark in der Stunde. Ein gut bezahlter Maschinensetzer jedoch verdient heute bis zu 16 Mark in der Stunde. Kommt er nur noch auf den Ecklohn, dann verdient er ein Drittel weniger als bisher.** Und auch Korrektoren und Handsetzer verdienen heute gewöhnlich zwischen 12 und 14 Mark pro Stunde. Auch ihnen fehlen dann trotz Ausgleichszahlung monatlich einige hundert Mark im Vergleich zu ihrem jetzigen Verdienst. Und abgesehen davon: **Alle die Kollegen, die bislang Facharbeiterlohn erhielten, die aber nicht als Schriftsetzer oder Korrektoren beschäftigt *und* bezahlt wurden, werden ganz brutal heruntergedrückt. Sie erhalten ein Jahr lang eine volle Ausgleichszahlung. In den folgenden vier Jahren wird diese ihnen dann schrittweise gekürzt, bis sie fünf Jahre nach der Umstellung ganz zusammengestrichen ist.**

Aus Platzgründen können wir hier nicht auf weitere wichtige Punkte des Vertrages genauer eingehen. Es sei aber noch darauf hingewiesen: Auch in punkto Pausenregelung für die Arbeit am Bildschirm, d. h. des so wichtigen Schutzes vor gesundheitlichen Schäden für die dort beschäftigten Kollegen, entspricht der Tarifvertrag ganz den Wünschen der Kapitalisten. **Weder werden die notwendigen Pausen zugestanden, noch wurde die Forderung nach Begrenzung der gesundheitsschädlichen Bildschirmarbeit mit überwiegendem Blickkontakt auf vier Stunden pro Tag berücksichtigt.**

Dieser Tarifvertrag erfüllt in keinem Punkt die Forderungen und Interessen der Druckereiarbeiter. Er gibt vielmehr, trotz einiger kleinerer Konzessionen an die Arbeiter, dem hemmungslosen Rationalisierungsterror der Kapitalisten, der Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen und dem Abbau der Effektiveinkommen der Facharbeiter freie Bahn. In verschiedenen Städten verteilte unsere Partei sofort nach Bekanntwerden des Tarifvertrages Flugblätter an den Druckereibetrieben, die den Verrat an den Forderungen der Kollegen entlarven.

Werftarbeiter bewußt in den Tod geschickt

Fortsetzung von Seite 1

Was war geschehen? Ein „tragisches Unglück" schreibt die bürgerliche Presse. Aber das ist eine Lüge. Die Arbeiter der Sietas-Werft wissen es. Ein Arbeiter: „Schon gestern schaukelte das schwere Heck gefährlich im Wind. Wir gingen zum Meister und warnten ihn. Er sagte uns nur: ‚Haltet die Klappe!' " Schon oft haben sich die Arbeiter über mangelnde Sicherheitsvorkehrungen beschwert. Ohne Erfolg. „Und wenn wir uns weigern, sagt der Meister, wir könnten auch zurück in die Türkei gehen", berichtet verbittert ein türkischer Kollege. So war es auch diesmal!

Für den Werftkapitalisten Sietas spielen das Leben und die Sicherheit seiner Arbeiter keine Rolle. Nach dem schweren Unfall, der den 37jährigen türkischen Arbeiter, Vater dreier Kinder, das Leben kostete, bei dem sechs weitere Schweißer so schwer verletzt wurden, daß sie immer noch im Krankenhaus liegen, zuckte er nur die Schultern. „Ein Malheur", war sein Kommentar. Einen einzigen Rettungswagen hatte die Werftleitung nach der Katastrophe angefordert!

Das einzige, was Sietas interessiert, ist der Profit. Nicht umsonst gilt seine Werft als „Hamburgs schnellste Schiffsfabrik". Im letzten Jahr wurde ein neuer Rekord erzielt: 32 Schiffsneubauten verließen die Werft. Da bleibt für die Sicherheit der Arbeiter keine Zeit. Denn Zeit ist Geld. So gibt es auf der 1.200-Mann-Werft noch nicht einmal einen Sicherheitsingenieur. Für die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften sind zwei Meister zuständig. Einer von ihnen war zum Zeitpunkt des Unglücks gerade im Urlaub. Und der andere unterließ nicht nur die dringendsten Sicherheitsvorkehrungen. (Er gab selbst zu, daß er die Abstützung des Hecks nicht überprüft habe). Er zwang die Arbeiter unter der Androhung von Entlassungen, die Arbeit auf dem lebensgefährlichen Heck aufzunehmen!

Skrupellos nutzt die Werftleitung die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter, ihre Angst vor der Ausweisung aus. 600 der 1.200 Beschäftigten sind Ausländer, und ihnen werden die gefährlichsten Arbeiten aufgezwungen. So wie am 21. März. Fast alle Arbeiter auf dem Todesheck waren ausländische, vor allem türkische Kollegen. Werftkapitalist Sietas streitet natürlich ab, daß die ausländischen Arbeiter von ihm als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Gegenüber der Presse erklärte er nach dem Unglück: Auch Deutsche hätten sich zur Unglückszeit in dem Schiffsheck befunden. Daß ihnen nichts Schlimmes zugestoßen sei, läge wohl an ihrer größeren Geistesgegenwart. ... Aber der Unternehmer Sietas, aus dem heute noch der gleiche Geist spricht wie vor 43 Jahren, als er die Firma übernahm, versucht vergeblich, die Belegschaft zu spalten, deutsche und ausländische Kollegen gegeneinander aufzuhetzen.

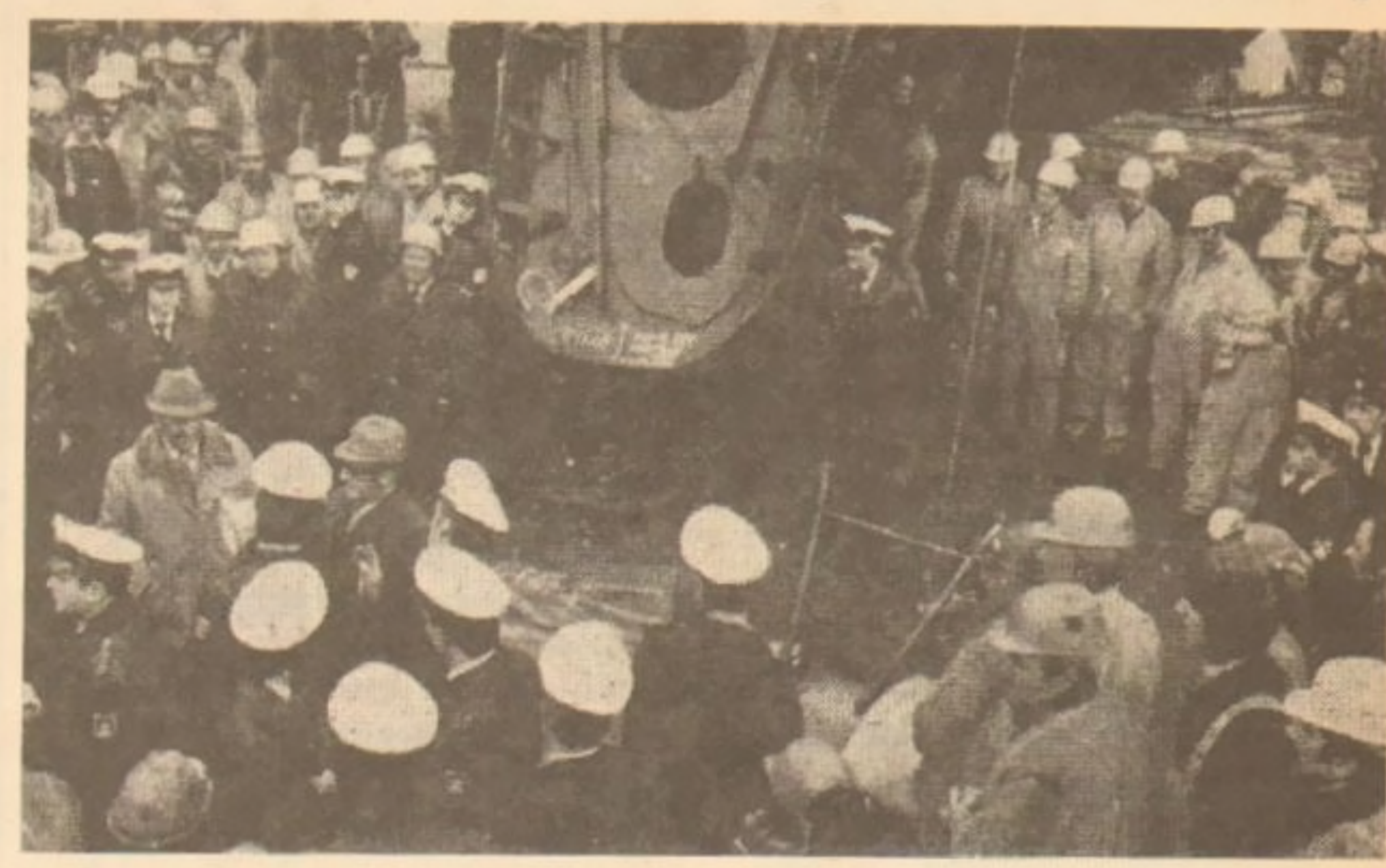
„Der Werftleitung geht es nur um Schnelligkeit und Profit, nicht um die Sicherheit der Arbeiter", empört sich nach dem Unglück ein deutscher Kollege. Alle, Deutsche und Ausländer, waren sich einig, wo die Schuldigen für die Katastrophe und den Tod ihres Kollegen Nuri Cistci zu suchen waren. Aufgebrachte und erregte



Polizei schützt den Kapitalisten Sietas vor den empörten Kollegen. Zu ihren Füßen liegt der Leichnam ihres erschlagenen Kollegen.

Werftarbeiter riegelten sofort nach dem Unglück das Gelände, auf dem ihr toter Kollege lag, ab. Sie wollten verhindern, daß, wie schon so oft, Spuren verwischt und Beweismittel vernichtet würden.

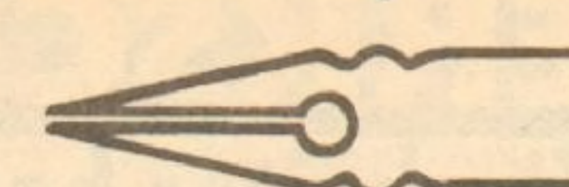
Auf diesen Protest der Arbeiter reagierte Sietas sofort. Er, der angesichts von über 20 verletzten Arbeitern nur einen einzigen Rettungswagen rufen ließ und damit kaltblütig den Tod weiterer Kollegen einkalkulierte, alarmierte jetzt die Polizei zu einem Großeinsatz. 22 (!) Streifenwagen der Polizei fuhren auf dem Werftgelände vor. Nicht etwa, um die Mörder des türkischen Arbeiters Nuri Cistcis festzunehmen. Nein, um Sietas und seinen Meister vor den empörten Arbeitern zu schützen! Mit Hilfe der Polizei, der ebenfalls eilends herbeigeholten Vertreter des türkischen Konsulats und indem er die türkischen Kollegen bald nach dem Unglück nach Hause schickte — ohne Lohneinbußen! — gelang es dem Werftkapitalisten Sietas noch, größere Protestaktionen zu unterbinden. Für dieses Mal! Denn die Werftarbeiter, die wissen, daß es jeden von ihnen so treffen kann wie Nuri Cistcis, werden ihren Haß nicht begraben. Weder auf Sietas, den sie am 21. März in der nackten, unverhüllten Brutalität des nur an seinem Profit interessierten Kapitalisten erlebt haben, noch auf den kapitalistischen Staat, der an diesem Tag seine Polizei gegen die Arbeiter vorschickte — als „Freund und Helfer" von Mördern.



Großeinsatz der Polizei (22 Streifenwagen) auf der Werft. Aber nicht, um den Mörder des türkischen Arbeiters festzunehmen, sondern um ihn vor den empörten Kollegen zu schützen.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Vorsicht Falle!

Liebe Genossen,
über die Firma SWA in Augsburg, die zum Gläggler-Konzern gehört, haben wir schon einmal berichtet. Die Firma ging bankrott und befindet sich seit zwei Jahren im Konkurszustand. Hauptgläubiger ist die Bank für Gemeinwirtschaft. Sie und andere Herren kamen jetzt auf die „kostensparende" Idee, eine neue Gesellschaft — SWA neu — zu gründen, in die die Arbeiter die ihnen zustehende Abfindung einzahlen, also Mitaktionäre werden sollen. In der Presse war zu lesen, daß die Arbeiter einstimmig dem Vorschlag des Betriebsrats zugestimmt hätten, ihre Abfindung in das bankrotte Unternehmen hineinzustecken. In Wirklichkeit waren erstens nicht alle dafür und zweitens wurden die Arbeiterinnen auf der Betriebsversammlung vollständig überrascht, so daß einige, die ihre Finger für die Resolution hoben, gar nicht wußten, auf was sie sich da einlassen.

Die Partei hat dazu ein Flugblatt **„Vorsicht Falle!"** verteilt, in dem es u. a. heißt: „Der Trick mit den Aktien — In einer Resolution zur Gründung einer Gesellschaft ‚SWA neu', die Euch auf der Belegschaftsversammlung am 3. März vorgelegt wurde, heißt es: ‚Wir sind bereit, in einer neuen Firma wie bisher aktive Mitarbeit zu leisten und Mitverantwortung dadurch zu übernehmen, daß wir den abzuschließenden Sozialplan durch Kapitalisierung in die neue Firma einbringen.' Auf gut Deutsch heißt das: Ihr sollt im voraus auf eure Abfindung verzichten und dafür SAW-Aktien bekommen. Das ist Betrug! Sollte die Firma SWA heute, nachdem sie über zwei Jahre im Konkurs steht, endgültig zumachen — ein großer Teil der Kollegen ist bis heute sowieso schon nach und nach entlassen worden — dann stünde jedem Beschäftigten eine Entschädigung zu. Laut Angaben von Betriebsrat Schneider müßte die SWA vier bis fünf Millionen DM an Entschädigungen auszahlen. Um sich aber diese Summe zu sparen, will man euch jetzt dazu bringen, auf die Entschädigung im voraus zu verzichten. Dafür bekommt ihr dann SWA-Aktien. Der Witz dabei ist nur, daß die Arbeiter mit diesem ‚Besitz' rein gar nichts anfangen können. Die ersten zwei bis drei Jahre können die Aktien überhaupt nicht weiterverkauft werden, gibt Schneider in der ‚Augsburger Zeitung' zu. Aber was passiert, wenn innerhalb dieser zwei, drei Jahre die SWA tatsächlich Pleite geht?

Betriebsrat Schneider protzt in der ‚Augsburger Allgemeinen' mit den ‚Mitbestimmungsrechten der Aktionäre in der Aktionärsversammlung', um gleich darauf zuzugeben, daß das Aktienpaket wahrscheinlich ‚treuhänderisch von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und Konkursverwalter Wolfgang Brähmer verwaltet' wird. Aber, das heißt ja gerade, daß es für die Arbeiter in der Aktionärsversammlung genausoviel mitzubestimmen gibt wie im Betrieb: nämlich gar nichts!

Oder konnte man etwa ‚mitbestimmen', als ein großer Teil der Kollegen entlassen wurde und als die Maschinen schneller gestellt wurde, als Kurzarbeit eingeführt wurde und gleichzeitig Nacht- und Samstagsschicht gefahren wurde? Und all das unter Obhut der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und des Herrn Brähmer. Kollegen, laßt euch nicht betrügen! Widersetzt euch der Gründung einer ‚SWA neu' auf eure Kosten! Keine Unterschrift unter eine Verzichtserklärung auf Entschädigung! Keine weiteren Entlassungen bei der SWA!"

Rot Front, Parteizelle Augsburg

Bauernfängerei beim DGB/Wolfsburg

Auch dieses Jahr hängt wieder ein großes Plakat am DGB-Haus in Wolfsburg: „DGB — Lohn- und Einkommenssteuerberatung hilft Arbeitnehmern Steuern sparen." Mancher denkt sich, da macht die Gewerkschaft ja endlich einmal etwas Vernünftiges für uns. Einige Arbeitskollegen von mir sind auch hingegangen, aber empört kamen sie zurück: Sie mußten dafür genauso bezahlen, als wenn sie zu einem Steuerberater gegangen wären!

Es stellte sich heraus, daß der DGB einfach Büroräume an einen Steuerberater vermietet, der nach DGB-Meinung aber einen sehr günstigen Satz nimmt...

Rot Front! Ein Genosse aus Wolfsburg.

RGO bei Hoesch gegründet

Folgender Bericht erreichte uns von der RGO-Gruppe Hoesch, mit der Bitte um Veröffentlichung im „Roten Morgen":

Vor kurzem versammelten sich Kollegen aus den drei Hüttenwerken von Hoesch in Dortmund und gründeten die Betriebsgruppe Hoesch der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Einstimmig wurden die grundsätzlichen organisatorischen Richtlinien der RGO Hoesch verabschiedet. Unter anderem: Der Vorstand der Gruppe kann jederzeit durch die Mehrheit der Mitglieder abgewählt werden. Die Mitgliedschaft der RGO-Gruppe ist unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit. Jedes Mitglied muß das Recht haben, Kritik an der Arbeit der Gruppe oder am Vorstand zu üben und seine Ansichten über die Verbesserung der Arbeit zu unterbreiten. Ferner wurde beschlossen, daß ein monatlicher Mitgliedsbeitrag von 2 DM erhoben wird. Die Versammlung wählte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Außerdem faßte die Versammlung Beschlüsse über die nächsten Aktivitäten der RGO-Hoesch, insbesondere auch bezüglich der anstehenden Betriebsratswahlen.

Belegschaftsversammlung Opel/Bochum

Belegschaftsversammlung bei Opel, Werk 1, sechs Wochen vor der Betriebsratswahl, mitten in der Tarifrunde. Über 30 Redner standen auf der Liste, die Versammlung dauerte die ganze Mittagsschicht bis kurz vor 11 Uhr.

Thema Nr. 1 war die Tarifrunde. Immer wieder wurde an das fast 100-prozentige Urabstimmungsergebnis erinnert. Daß der IGM-Vorstand mit einem Federstrich bzw. mit Schweigen darüber hinweggeht, daß man überhaupt nicht weiß, was nun los ist, daß man nicht wenig hingehalten wird, das hat die größte Empörung hervorgerufen. Auch bei denen, die eher skeptisch sind, ob ein Streik erfolgreich sein könnte. „Jetzt geht's ums Prinzip". „Warum werden wir überhaupt noch gefragt, wenn unsere Meinung ihnen sowieso nichts gilt." „Sonst geben sie uns die Schuld und reden sich raus, wir wären nicht bereit zu kämpfen. Und jetzt demonstrieren mal ein paar 100.000 Mann ihren Kampfwillen, und da tun die Funktionäre so, als gäb es uns gar nicht."

Da half den Bonzen auch kein Reden, daß man nach dem Abschluß von Opel ein Angebot zur Erhöhung des Opel-Lohnes erwarte. Im Grunde hatten die IGM-Betriebsräte und andere Vertreter des Apparats nur ein einziges „Argument": „Ihr greift hier einer nach dem anderen die IG Metall an, ihr greift euch doch selbst an, wir sind doch alle die Gewerkschaft." Ein anderer versuchte die Kollegen einzuschüchtern: „Wollt ihr denn wirklich kämpfen, auch wenn die Sozialversicherung außer Kraft tritt und und und..."

Ansonsten: Ablenkungsmanöver nach dem Motto, man nehme einen DAG-Mann oder einen aus der Personalabteilung und hacke auf dem herum, solange bis die IG Metall fast in goldenem Licht erstrahlt, zumindest der Sprecher selbst. „In unserer Organisation, Kollegen, das wissen wir ja, steht nicht alles zum besten, aber..." So oder einfach mit billiger Hetze gegen die Sprecher der Belegschaft oder Betriebsräte der Liste 2 versuchten sie sich aus der Affäre zu ziehen.

Aber so einfach ist das nicht. Die Belegschaftsversammlung zeigte, daß die offene Opposition unter den Arbeitern wächst. Immer weniger sind bereit, die Diktatur des Apparats tatenlos hinzunehmen.

Ein Kollege von Opel

Kurzarbeit als Waffe gegen Lohnkampf

Unternehmerterror - gesetzlich abgesichert

Auch außerhalb Baden-Württembergs, in allen Teilen des Bundesgebiets, sind die Kapitalisten zu Terrormaßnahmen gegen die Metaller übergegangen. In der Woche vor Ostern verhängten sie in vielen Betrieben Kurzarbeit über die Belegschaften. Scheinheilige Begründung: „Durch den Streik in Baden-Württemberg sind wir leider gezwungen..."

Bei Daimler-Benz in Kassel fühlten sich die Bosse jedoch nicht nur veranlaßt, einen Großteil der 4.000-köpfigen Belegschaft faktisch auszusperren und sie für Tage, evtl. Wochen ihres Lohnes zu berauben. Sie setzten sich sogar aktiv dafür ein, daß die betroffenen Arbeiter auch kein Kurzarbeitergeld bekommen. Und dabei beriefen sie sich auf die geltenden Gesetze dieses „sozialen Rechtsstaates", auf das Arbeitsförderungsgesetz und auf die sogenannte „Neutralitätsanordnung".

Nach den geltenden Gesetzen darf nämlich das Arbeitsamt bei Kurzarbeit, die im Zusammenhang mit dem Streik und der Aussperrung in Baden-Württemberg steht, kein Kurzarbeiter- oder sonstiges Ausfallgeld in den Tarifbezirken bezahlen, in denen die Friedenspflicht noch gilt. Das erfordere der Grundsatz, daß die staatlichen Institutionen bei Arbeitskämpfen neutral zu sein hätten.

Saubere Neutralität! Was es für einen Arbeiter bedeutet, wenn er tage- oder wochenlang keinerlei Einkommen mehr hat, liegt auf der Hand. (Streikgeld von der Gewerkschaft erhält er ja auch nicht, da in seinem Tarifbezirk noch die Friedenspflicht gilt.)

Hier zeigt sich, was hinter der Ideologie vom „neutralen Staat" in Wahrheit steckt: die Tatsache, daß jeder Staat ein Werkzeug der Macht und der Unterdrückung im Klassenkampf ist. Entweder das Werkzeug der Ausbeuterklasse oder das Werkzeug der Arbeiterklasse. Im Kapitalismus ist der Staat das Werkzeug der Kapitalisten, der Bourgeoisie. Er dient zur Unterdrückung der werktätigen Massen.

Im Moment ist unklar, ob die Arbeitsämter Anweisung haben, im Gegensatz zu den geltenden Gesetzen das Kurzarbeitergeld doch zu bewilligen, einfach deshalb, weil die Bourgeoisie befürchtet, andernfalls zuviel Öl ins Feuer zu gießen. Man hofft ja noch, mit Hilfe des IGM-Apparats den Kampf der Metaller abwiegeln und auf einige Schwerpunktstreiks begrenzen zu können.

Bei Daimler in Kassel war es die Betriebszelle unserer Partei, die in der vorletzten Woche mit einer Sonderausgabe ihrer Betriebszeitung „Der Hammer" den brutalen Plan der Bosse enthüllte. Die IGM-Bonzen hatten die Belegschaft nicht informiert. Die Enthüllung löste in der Belegschaft eine ungeheure Empörung aus. Diese Empörung und Unruhe war es dann, die die Daimlerbosse nötigte, schließlich wenigstens ihre anfängliche Weigerung aufzugeben, Kurzarbeit beim Arbeitsamt anzumelden. „Der Hammer" stellte auch Forderungen auf, die von den Kollegen als richtig begrüßt wurden: **Volle Lohnfortzahlung! Volle Bezahlung der Osterfeiertage! Die IGM muß sofort den Vollstreik in allen Tarifbezirken einleiten!**

Das Vorgehen der Kapitalisten und die Tatsache, daß die Gesetze auf ihrer Seite stehen, macht deutlich: Die Arbeiterklasse muß den Kampf für ihre Interessen kompromißlos und militant führen. Bei jedem Streik predigen die IGM-Bonzen: „Haltet euch an die Gesetze, laßt euch nicht zu Gewaltmaßnahmen provozieren..." Aber wem dienen denn die Gesetze? Und ist es etwa keine Gewalt, wenn die Kapitalisten uns mit allen Mitteln zu erpressen versuchen, wenn sie skrupellos ihre Macht als Besitzer der Fabriken ausspielen, wenn sie uns ohne Arbeit und Lohn vor die Fabriktore setzen? Der DGB-Apparat will mit seinen Predigten erreichen, daß wir den Kapitalisten wehrlos gegenüberstehen, daß wir ihnen ins offene Messer laufen. **Die Arbeiterklasse kann jedoch nur erfolgreich für ihre Interessen kämpfen, wenn sie offensiv und unversöhnlich gegen die Kapitalisten vorgeht, wenn sie im Kampf den Rahmen der bürgerlichen Legalität durchbricht.**

"Wo zuvor noch 10 Kollegen schafften, werden jetzt nur noch zwei gebraucht"

Bosch, Stuttgart-Feuerbach am ersten Streiktag. Vor Tor eins stehen streikende Metaller. „Wir brauchen eine anständige Lohnerhöhung", sagen die Kollegen. Acht Prozent ist wenig genug, das ist das Mindeste. Es deckt nicht mal die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Aber auch die anderen Forderungen sind für uns sehr wichtig, erklären die Kollegen. Nicht zuletzt die Absicherung gegen Abgruppierungen. Die Kollegen berichten, wie bei Bosch brutal rationalisiert wird. Die Kapitalisten schaffen neue, modernere Maschinen an. Aber nicht, um für die Arbeiter die Arbeit leichter, erträglicher zu machen, sondern um möglichst viele Arbeitskräfte einzusparen und gleichzeitig noch die Löhne an den übriggebliebenen Arbeitsplätzen herunterzudrücken. Es geht ihnen nur um eins: mehr Profit.

Ein Arbeiter aus dem Werkzeugbau, er ist Dreher, berichtet: „Bei uns wurden in letzter Zeit elektronisch gesteuerte Drehbänke angeschafft. Jetzt sieht die Sache so aus: Wo zuvor 10 Kollegen schafften, werden jetzt nur noch zwei gebraucht." Die anderen? Umbesetzt. Und zwar die meisten auf viel schlechter bezahlte Arbeitsplätze. Die haben jetzt z. T. mehrere hundert Mark weniger im Monat. Es gibt auch Entlassungen. Z. B. wer krank ist, kann schnell auf der Straße sitzen. Und dann: Kollegen, die in Rente gehen, werden einfach nicht mehr durch Neueinstellungen ersetzt. „Natürliche Abgänge", heißt es dann.

Die neuen Maschinen laufen viel schneller. Dabei wird aber z. T. äußerste Genauigkeit verlangt. Es kommt oft auf tausendstel Millimeter an. Und das bei dem Tempo! Wahnsinn ist das. Wenn die Maschine dann in der Einstellung nicht mehr stimmt, kommt nur noch Ausschuß zustande. Da kannst du dann sehen, wie du mit dem Akkord hinkommst. Die Maschine muß neu eingestellt werden. Das passiert aber viel öfter, als in der Zeitvorgabe drinn ist. Das geht an den Nerv. Du kannst dich dann auch noch mit den zuständigen Leuten, den Vorgesetzten herumschlagen.

Teilweise ist es so, daß die neuen Maschinen leiser laufen als die alten. Was passiert: Man streicht dir die Erschwerniszulage. Sicher ist es gut, wenn das Ding weniger Lärm macht. Aber auf der anderen Seite steigt dann meist durch viel höhere Laufgeschwindigkeit die Belastung anderweitig, vor allem die Nervenbelastung. Dafür aber geben sie dir keine Zulage. Du bist genauso kaputt nach Feierabend. Aber dein Lohn ist niedriger. So erzählen die Kollegen von Bosch.

In manchen Bereichen der Metallindustrie wirkt sich die Einführung neuer Technologie nicht minder verheerend auf die berufliche Situation der Arbeiter aus, wie es von der Einführung rechnergesteuerter Geräte bei der Satzherstellung in der Druckindustrie bekannt ist. Z. B. bedeutet für die Kollegen in der Fernschreiberproduktion die Umstellung auf den elektronischen Fernschreiber direkt Arbeitsplatzvernichtung. Bisher stellten Büromaschinenmechaniker die Fernschreiber her. Jetzt braucht der Unternehmer dafür keinen Facharbeiter mehr. Die Auswirkungen der Umstellung: Die Häfte der in der Produktion Beschäftigten wird entlassen. Die übriggebliebenen Kollegen werden von den Lohngruppen 7, 8 und 9 in die Lohngruppen 4, 5 und 6 abgruppiert. Das bedeutet: Mehrere Mark weniger Stundenlohn und stupide, nervtötende Arbeit.

Steinkühler spielt jetzt den großen Vorkämpfer gegen den Rationalisierungsterror. Aber schon seit Jahren hat in vielen Betrieben die verschärfte Rationalisierung eingesetzt, wurden teilweise umwälzende Neuerungen eingeführt. Zigtausende wurden schon entlassen. Zigtausende wurden abqualifiziert, mußten schwere Lohneinbußen hinnehmen. Was haben Steinkühler und Co. dagegen getan, was hat der IGM-Apparat an Kampfmaßnahmen zur Verteidigung der Arbeitsplätze und der Löhne organisiert? Nichts Nennenswertes! Anstatt den Kampf dagegen zu organisieren, haben sie abgewiegelt.

Wenn sie jetzt in dieser Tarifrunde zum ersten Mal Forderungen zum Schutz vor Abgruppierungen aufstellten, dann nur, um zu verhindern, daß ihre Glaubwürdigkeit als „Arbeitervertreter" vollends in die Binsen geht. Sie haben diese Forderungen nur unter dem Druck der Basis aufgestellt. Und diese Forderungen konsequent durchzusetzen, daran denken sie gar nicht. Das zeigt sich schon daran, daß der IGM-Apparat alles tut, um eine geschlossene Kampffront der Metaller zu verhindern, daß er einen Vollstreik sabotiert.

Um die ununterbrochenen Rationalisierungsangriffe der Kapitalisten wirksam zu bekämpfen, sind große Streikkämpfe notwendig. Und dazu muß in jedem Betrieb immer wieder neu der Widerstand organisiert werden, muß ein tagtäglicher unversöhnlicher Kampf geführt werden. D. h.: dazu muß sich die Arbeiterklasse zum revolutionären Klassenkampf zusammenschließen. Genau dies zu verhindern, sind jedoch die Steinkühler und Konsorten angetreten. Und auch dazu: die Arbeiterklasse darüber hinwegzutäuschen, daß nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems, durch die sozialistische Revolution erreicht wird, daß der technische Fortschritt für die Arbeiter nicht mehr eine ständige Bedrohung ihrer Existenz bedeutet, sondern ihnen ein besseres, freieres und glücklicheres Leben ermöglicht.

Schmalbach-Lubeca in Heilbronn

Kollegen unterstützen die Liste "Wehrt Euch !"

Die Firma Schmalbach-Lubeca gehört zum US-Konzern Continental Can Company. Im Heilbronner Zweigwerk wurde in den letzten Jahren in großem Umfang rationalisiert. Vor drei Jahren, bei der letzten Betriebsratswahl, gab es noch 600 Beschäftigte. Heute sind es nur noch 470. In der kommenden Zeit stehen weitere, erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen im Produktionsbereich und vor allem unter den ca. 100 Angestellten bevor. Der alte Betriebsrat hat bisher keinerlei Widerstand gegen all diese Maßnahmen der Geschäftsleitung organisiert, sondern stattdessen hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Widerstand gab es nur von den Kollegen selber. So etwa in der Schlosserei, in der die Kollegen einige kleinere Aktionen für mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen usw. duchführten. Verständlich, daß der Betriebsrat den diesjährigen Wahlen, bei denen auch der Vertrauensmann der Schlosserei, mit dem er schon häufiger aneinandergeraten war, kandidieren wollte, mit Sorge entgegensah. Es war bekannt, daß dieser Kollege auf der gewerkschaftlichen Einheitsliste kandidieren wollte. Das paßte den Betriebsratsbonzen nicht. Aber da der Kollege auch im Vertrauensleutekörper Unterstützung besitzt — er ist stellvertretender Vorsitzender — war es nicht so einfach, das zu verhindern.

So wurde extra zwei Tage vor der Vertrauensleutesitzung, die über die Vorschlagsliste beschließen sollte, eine Betriebsratssitzung anberaumt. Auf der Vertrauensleutesitzung hielten reaktionäre Vertreter des Betriebsrats dann einen Vortrag über die angebliche Gewerkschaftsfeindlichkeit des als revolutionär bekannten Kollegen. So glaubten sie, leichtes Spiel zu haben. Aber der Kollege antwortete mit einer Erklärung und forderte die geheime Abstimmung über seine Aufnahme auf die Einheitsliste. 7 Vertrauensleute waren dafür. Sechs dagegen, eine Stimme war ungültig. Ein knapper Gewinn für den Betriebsrat, zumal er selbst im Vertrauensleutekörper sitzt und mit abstimmt!

Aber damit war die Sache keineswegs gelaufen. Im Betrieb wurde der Rausschmiß des Kollegen von der IGM-Liste mit großer Empörung aufgenommen. Mehrere Vertrauensleute haben aus Protest gegen das Vorgehen des Betriebsrats ihren Rücktritt erklärt. Sein Plan, mit einer eigenen Liste zur Betriebsratswahl zu kandidieren, wurde befürwortet und in kürzester Zeit trugen sich 57 Kollegen (37 Unterschriften waren gefordert) in die Liste ein. Einige Betriebsräte gaben sich große Mühe, die Unterzeichner einzuschüchtern, damit sie ihre Unterschrift zurückzögen bzw. verbreiteten die Lüge, man könne auch auf mehreren Listen unterschreiben. Aber sie erreichten ihr Ziel nicht. Der Wahlvorstand mußte die Liste als gültig anerkennen. Die Liste „Wehrt Euch!" wird am 12.4.78 zur Wahl stehen.

AEG-Kanis/Essen: 46 Kollegen entlassen !

Korrespondenz. Am Freitag, den 17. März, beschlossen die Betriebsleitung und der Betriebsrat 46 Entlassungen bei AKE. Die Kollegen wurden vorher erst gar nicht informiert. Sie traf dieser Schlag völlig überraschend am Wochenende, als die Entlassung per Einschreiben ins Haus kam.

Die Kollegen waren empört, denn noch auf der Betriebsversammlung im Januar wurde uns versichert, daß 80% des Auftragsvolumens von '77 auch für '78 gesichert sind. Als in diesem Jahr z. B. Zeitnehmer ins Lager geschickt wurden, wurde uns vom Betriebsrat Persch versichert, das hätte überhaupt nichts mit Entlassungen zu tun.

Man muß sich das überhaupt einmal vorstellen. 1977 mußten die Kollegen Samstag und Sonntag arbeiten, dazu noch Überstunden in der Woche machen. AKE machte in diesem Jahr erstmals über eine Milliarde Umsatz, die Lohnkosten lagen noch unter 8%. Und jetzt — 46 Kollegen fliegen auf die Straße. Über 800 haben Kurzarbeit, angesetzt für sechs Monate.

AEG-Kanis dagegen baut jetzt Turbinen in Brasilien. Denn da sind ja die Arbeitskräfte billiger und, so wie sie sich ausdrücken, die „politischen Verhältnisse" stabiler. Denn dort unterdrückt die faschistische Militärjunta die Arbeiter mit blutigem Terror.

Einige Kollegen haben die Entlassungen nicht widerspruchslos hingenommen. Am Dienstag letzter Woche verteilten entlassene Arbeiter vor Schichtbeginn Flugblätter. Sie forderten darin die Wiedereinstellung der 46 Kollegen und fragten, „Betriebsrat — wo warst du?" Wo sind deine Versprechungen? Und von vielen Kollegen hörte man an diesem Tag: „Diese Betriebsräte bekommen meine Stimme nicht am 20. 4." Einige entlassene Kollegen informierten außerdem noch am selben Tag die Presse. Die Entlassungen mußten in der „WAZ" und den „Essener Tageblatt" bekanntgegeben werden.

Der Betriebsrat mußte nun von der Zustimmung zu weiteren Entlassungen Abstand nehmen. Die Presse dazu: „Er glaubt, daß mit den 46 Entlassungen diese Aktion abgeschlossen sei." Und am folgenden Tag gab er Anweisung, weitere geplante Entlassungen vorerst zurückzustellen. Die vorläufige Verhinderung weiterer Entlassungen ist der erste Erfolg der entlassenen Kollegen.

Aber auch der Kampf für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen wird weitergeführt. Einige haben bereits beim DGB Einspruch gegen die Kündigung eingereicht und Rechtsschutz beantragt. Am Donnerstag kam es dann mit dem IGM-Funktionär Neumann, nachdem wir zweimal vergeblich im DGB-Haus waren, zum Krach. Obwohl wir uns für 14 Uhr angemeldet hatten, hatte er erst noch Wichtigeres zu tun — er mußte eine Einladung zu einer Schulung schreiben. Der Kommentar eines Kollegen war treffend: „Das ist ja schlimmer als auf dem Arbeitsamt."

Gegen den Protest der Kollegen, die den Arbeitsgerichtsprozeß gemeinsam führen wollen, wurden unsere Einsprüche nur einzeln aufgenommen. Wir würden demnächst Bescheid bekommen. Das war alles. Von der IGM haben wir bisher keine Unterstützung bekommen. Auf sie werden wir uns in unserem Kampf auch nicht verlassen, denn dann sind wir verlassen. Und einigen Kollegen ist in diesen Tagen klar geworden: Wir müssen uns selber organisieren, wir müssen den Kampf in die eigenen Hände nehmen — auch gegen den DGB-Apparat — und dabei ist nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Alternative.

85000 Metaller mehr als 2 Wochen im Kampf

Fortsetzung von Seite 1

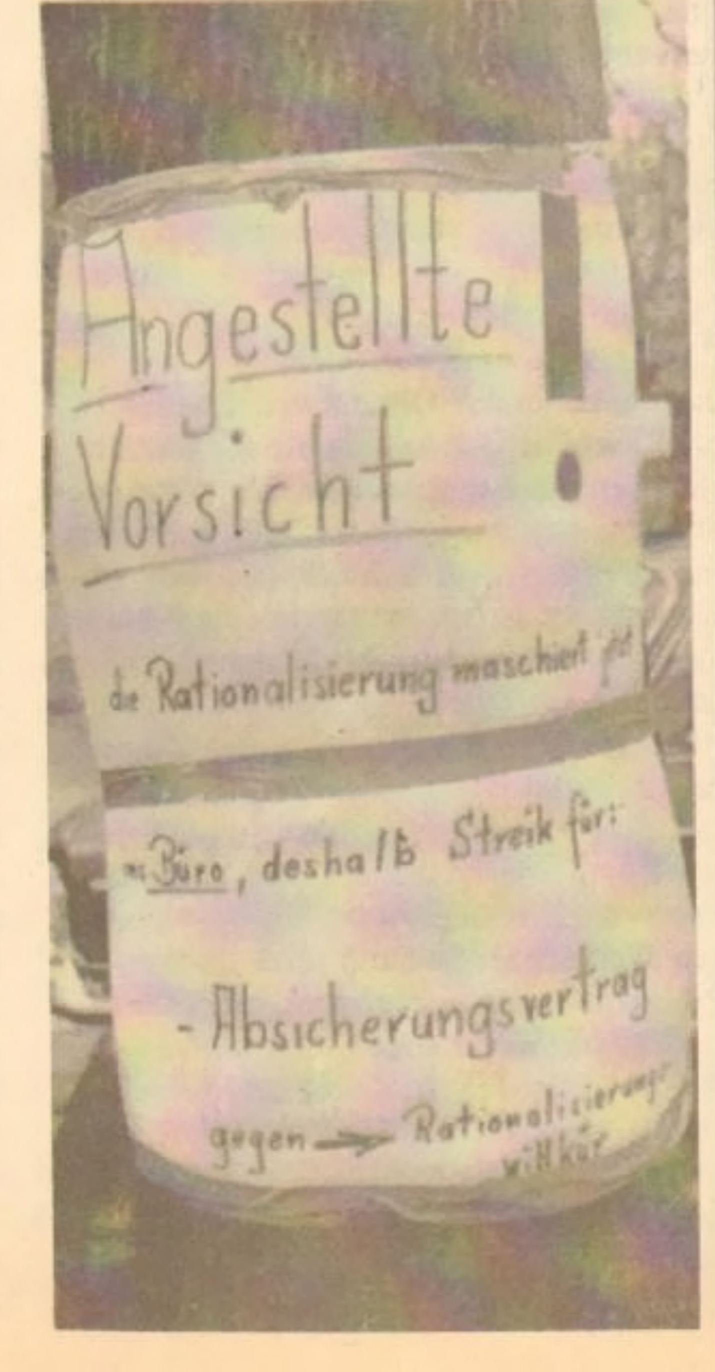
nehmen, sieht es anders aus. Etwa bei SKF, wo 80-100 Kollegen Streikposten stehen und aufgerufen wird, daß noch mehr kommen sollen.

Selbst vor dem obersten Vertreter der Metallkapitalisten im Tarifbezirk, Dürr, macht die Streikbruchtaktik des IGM-Apparats nicht halt: In der letzten Woche wollte Dürr mit seinem Geschäftsführer in den Betrieb. Weil dieser einen Streikposten beleidigte, machten die Arbeiter das Tor dicht. „Keiner kommt mehr rein", sagten sie. Und was geschah? IGM-Boss Steinkühler persönlich schickte eilends ein Telegramm an die Streikleitung. Die Kollegen mußten Dürr und seinen Geschäftsführer in den Betrieb lassen.

Der gleiche Verrat angesichts der empörenden Verfügung des Stuttgarter Amtsgerichts, daß die Streikposten unter Androhung einer Geldbuße von 10.000 DM eine drei Meter breite Gasse für Streikbrecher bilden müssen. Überall vor den Toren bemühen sich die IGM-Bonzen, dieses Terrorurteil durchzusetzen. Und während, unterstützt durch dieses Klassenjustizurteil, Streikbrecherautos sich in lebensgefährlichen Manövern ihren Weg durch die Kollegen bahnen, während die Kollegen immer wieder neuen Gewalttätigkeiten von Streikbrechern ausgesetzt sind, zetern die IGM-Bonzen: „Bloß keine Gewalt!"

So macht der IGM-Apparat mit den Feinden der Metaller gemeinsame Sache, stärkt ihnen den Rücken und schwächt die Kampffront der Arbeiter und kleinen Angestellten, wo er nur kann. Aber nicht ungestraft. **Daß Mißtrauen in die Bonzen ist so groß, daß sich der IGM-Apparat gezwungen sah, in seinen „Nachrichten" schwarz auf weiß zu versprechen, daß es nach dem Ende der Verhandlungen auf jeden Fall eine Urabstimmung gäbe und daß der Streik bis zur Urabstimmung weitergeführt werde!**

Das sind goldene Worte! Ob sie auch Wirklichkeit werden, hängt allerdings von den Arbeitern und ihrer Kampfentschlossenheit ab. Denn die letzten Wochen haben hinreichend bewiesen, daß diese sauberen „Arbeitervertreter" den Kampf der Metaller genauso fürchten wie die Unternehmer. Gegen die Handlanger der Kapitalisten müssen sich die Kollegen genauso zusammenschließen wie gegen die Kapitalisten, selbst wenn sie ihren Kampf erfolgreich führen wollen.



Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

OAL und AGFA:
Krebserzeugende Wirkung verschwiegen!

Immer wieder stehen die Chemiekapitalisten im Mittelpunkt, wenn es um den Krebstod geht. Man braucht sich nur an den damaligen DI-Betrieb in M 23 zu erinnern, wo die Arbeitsbedingungen bei vielen Arbeitern zu Blasenkrebs geführt haben. Zwei andere Vorkommnisse aus den letzten Monaten im Werk zeigen wieder einmal deutlich, daß der Arbeits- und Umweltschutz zwar gut für Propagandazwecke ist, aber die Gesundheit der Arbeiter ist den Kapitalisten nichts wert!

OAL: Seit Jahren werden Analysen der Chemikalie „Morpholin carbonylchlorid" gemacht. Natürlich wird die Substanz mit nicht weniger Vorsicht behandelt als andere Substanzen auch, aber welches Kuckucksei das ist, haben die Kollegen erst durch Zufall erfahren. Ein Kollege aus dem Herstellungsbetrieb hatte nämlich im privaten Gespräch auf die krebserzeugende Wirkung und die besonderen Vorsichtsmaßnahmen hingewiesen. Ein Kollege von OAL tat dann das einzig Richtige: Er hat auf der Abteilungsversammlung auf diese gefährliche Chemikalie aufmerksam gemacht und zu Recht kritisiert, daß die Vorgesetzten dies nie gesagt haben und daß deswegen keine Schutzmaßnahmen getroffen wurden. Aber statt diese Vorgesetzten ihr Versäumnis jetzt nachholten, versuchten sie, den Kollegen, der dies auf der Abteilungsversammlung gesagt hat, erst einmal „zur Schnecke zu machen"!

AGFA: Auch hier waren es die Arbeiter selbst, die durch Zufall entdeckten, daß sie die ganze Zeit mit der krebserzeugenden Substanz Acrylnitril arbeiten. Von der Gefährlichkeit und notwendigen Schutzmaßnahmen ist ihnen nichts gesagt worden. Die Kollegen, die dieses Zeug als „Ludox modifiziert" weiterverarbeiten,



wissen bis heute noch nicht, womit sie es tagtäglich zu tun haben. — Und natürlich wurden schon gar nicht Schutzmaßnahmen getroffen. Wozu auch einen Abzug?!

Das werden sich die Kapitalisten denken. Es stehen ihnen doch genügend Arbeitskräfte bei 1.000.000 Arbeitslosen zur Verfügung. Vielleicht ziehen sie auch wieder den unmenschlichen Plan aus der Schublade, der besagt, ältere Kollegen an krebsgefährdenden Arbeitsplätzen arbeiten zu lassen. Dieser Vorschlag zur „Sterbehilfe" stammt ja schließlich von Werksärzten der westdeutschen Chemiemonopole.

Von jedem Betrieb kann man ähnliche Beispiele anführen über das Verschweigen von gefährlichen Chemikalien und das Unterlassen von Schutzmaßnahmen. Wie müssen uns selbst um den Schutz unseres Lebens kümmern, denn der Kapitalist hat kein Interesse daran. Ihn interessiert nur die Ausbeutung unserer Arbeitskraft! Deshalb unsere Forderungen:

Schluß mit der Geheimniskrämerei — vollständige Aufklärung über die Gefährlichkeit der eingesetzten Chemikalien!

Durchführung aller Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Belegschaft!

Meldungen aus den Betrieben

Co op rationalisiert auf dem Rücken der Kollegen

Vor drei Jahren arbeiteten bei der gewerkschaftseigenen co op Handels- und Produktions AG (Hapro) rund 7.300 Werktätige. Heute sind es nur noch 5.300. Rund 2.000 Kollegen also wurden entlassen oder — per Firmenverkauf — an andere Kapitalisten verschachert. Drei Betriebe wurden stillgelegt, sechs verkauft. Wie man sieht, handelt der DGB-Apparat nach der gleichen Logik wie die Kapitalisten auch: Die Profite werden auf Kosten der Werktätigen saniert.

Entlassungen Hunderter Kollegen geplant

Wieder wurde die bevorstehende Entlassung von Hunderten von Werktätigen bekannt. Bei den Phoenix-Gummi-Werken in Hamburg sollen 60 Arbeiter entlassen werden. • Die Firma Weidmüssel/Detmold kündigte Entlassungen bei den Heimarbeiterinnen an, die fast die Hälfte der rund 1.200 Beschäftigten ausmachen. Die Weidmüller-Kapitalisten versprechen sich höheren Profit in Brasilien, wohin sie einen Teil der Fertigung verlagert haben. • Zum 30. Juni soll die Kremer-Werft in Glückstadt stillgelegt werden. Für 220 Arbeiter bedeutet das die Entlassung. • Die Erdölwerke Frisia in Emden wollen 175 der insgesamt 255 Beschäftigten entlassen. Begründung: "Abschaltung unrentabler Anlagen." 300 Kollegen haben dagegen auf einer Kundgebung protestiert.

Arbeitsgerichtsprozeß gegen Thyssen gewonnen

Am 16. 2. fand der Arbeitsgerichtsprozeß des kommunistischen Kollegen Fritz Raßmann gegen seine fristlose Entlassung durch die Thyssen-Kapitalisten statt. Fritz war nach einer Rede auf einer Belegschaftsversammlung fristlos gekündigt worden. Thyssen hatte die Entlassung mit der „Störung des Betriebsfriedens" durch Fritz Raßmann begründet. Das Arbeitsgericht erklärte die fristlose Entlassung für unrechtmäßig. Aber es gab den Kapitalisten gleich einen Hinweis für die Berufung — die inzwischen eingelegt wurde — mit. „Worin eine Störung des Betriebsfriedens liegt, hat sie (die ATH) nicht nachgewiesen" — heißt es in der Urteilsbegründung. Auf deutsch: Macht es nicht ganz so offen, dann geben wir euch auch Recht. Aber immerhin mußte das Gericht Fritz doch Recht geben. Die Thyssen-Kapitalisten scherten sich allerdings nicht darum. Sie ließen den kommunistischen Arbeiter trotzdem nicht an seine Arbeitsstelle. Der Kampf um die Wiedereinstellung von Fritz Raßmann geht also weiter. Im Betrieb und vor dem Arbeitsgericht.

„Und so jammerten und lamentierten die drei noch eine ganze Weile"

Liebe Genossen,

einen Tag nach den Betriebsratswahlen bei Cassella saßen wir in einer Kneipe, während am Nebentisch drei Gewerkschaftsbonzen saßen. Einer von ihnen hatte auf der IG-Chemie-Liste an 16. Stelle kandidieren dürfen (die IG-Chemie-Liste bekam neun Sitze, die Oppositionelle Liste drei). Er begann nun zu jammern: „Wir sind aber ganz schön geschlagen! Jetzt haben wir die Roten im Betriebsrat sitzen." Einer von den andern versuchte, ihn zu trösten: „Die drei können ja doch nichts ausrichten." Er meinte aber — zutiefst niedergedrückt: „Täusch dich da mal nicht; die können 'ne ganze Menge ausrichten." Dann wurde er aggressiv: „Das allermindeste ist, daß die aus der Gewerkschaft fliegen. Wenn nicht, dann geh' ich. Mit denen in einer Gewerkschaft — nein!" Die andern gaben ihm recht.

Schließlich fanden die Bonzen auch einen Schuldigen für die Schlappe des DGB-Apparats. Die Drohungen und Einschüchterungen gegen die Kollegen, die hemmungslose Hetze, die der Hippmann-Betriebsrat gegen die Oppositionelle Liste organisiert hatte, all das reichte diesen Reaktionären offenbar noch nicht: „Wenn ihr mich fragt, dann hat der Hippmann (Betriebsratsvorsitzender) völlig versagt; der hat die überhaupt nicht ernstgenommen, und jetzt haben wir den Salat."

Und so jammerten und lamentierten die drei noch eine ganze Weile, während wir uns nebenan köstlich amüsierten.

Rot Front, Genossen aus Frankfurt



Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

Jugendvertreterwahlen in Bremen

Die Rote Garde Bremen bereitet sich auf den 1. Kongreß der Roten Garde vor. Sie tut das, indem sie den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf das Eingreifen in die Jugendvertreterwahlen an verschiedenen Betrieben Bremens und Wilhelmshavens legt. Im Februar führte sie einen Jugendtreff zu diesem Thema durch, auf dem die Probleme und Aufgaben der Roten Garde zu den Wahlen besprochen wurden. Aus diesem Treff, zu dem der rote Betriebsrat Gerd Coldewey eingeladen worden war, ging u. a. ein Handzettel hervor, auf dem die wichtigsten rechtlichen Bestimmungen der Wahl angegeben waren.



Kurz vor den Jugendvertreterwahlen bei Post und Bahn verteilte die Rote Garde ein Flugblatt „Kämpft für revolutionäre Jugendvertreter!" In diesem Flugblatt heißt es: „Die Jugendvertretung hat in den letzten zwei Jahren kaum etwas gemacht. Jetzt vor der Wahl kommt sie zwar aus ihrem Loch, wie die Maus zum Speck, um das Ansehen ein wenig aufzubessern. Nach der Wahl wird die JV wieder in dem Loch verschwinden... Wir brauchen Jugendvertreter, die uns über *alles*, was passiert, was zwischen ihnen und den Bossen besprochen wird, informieren, Jugendvertreter, die sich nicht den Mund verbieten lassen, und wenn ihnen tausendmal mit Geld- und Gefängnisstrafen gedroht wird... Wir können nur Jugendvertreter gebrauchen, die wissen, daß ihre Stärke in der Verbindung mit den Kollegen liegt!" In einem Programm zur Wahl wird gefordert:

- Wahlrecht für alle Lehrlinge — Für freie politische Betätigung;
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit — Existenzlohn für Lehrlinge
- Streikrecht für Lehrlinge — Für die Übernahme aller Lehrlinge nach der Lehre — Gleiche Rechte für ausländische und deutsche Kollegen.

Bei der Jugendvertreterwahl im Bundesbahnausbesserungswerk (AW) in Bremen sollte sich nicht viel abspielen, wenn es nach den Bonzen gegangen wäre. Lediglich eine Jugendversammlung fand vor der Wahl statt, auf der noch nicht einmal über die Wahl gesprochen werden durfte. Sie konnten trotzdem nicht verhindern, daß die Probleme der Jugendlichen auf dieser Versammlung zur Sprache kamen. Ein Maschinenschlosserlehrling deckte die Mißstände im Betrieb auf: Schlechtes Werkzeug für viele Lehrlinge, keine Einkaufsmöglichkeiten im „Sozialraum" und zu hohe Kantinenpreise. Weiter prangerte er an, daß Lehrlinge mit Geldstrafen bedroht wurden, weil sie angeblich zu undiszipliniert waren, und er forderte Wahlrecht für alle Lehrlinge, weil bisher nur die unter 18 Jahre alten Lehrlinge wählen dürfen. Als seine Feststellung, daß die alte Jugendvertretung nichts für die Lehrlinge getan hatte, die breite Unterstützung der anwesenden Kollegen fand, wurden Betriebsleitung und der Ausbildungsleiter merklich unruhig und sahen sich zu einer Stellungnahme gezwungen. Der Lehrling wollte dann noch seine Vorstellungen von der Arbeit als Jugendvertreter erzählen, ihm wurde aber das Mikrophon abgedreht, worüber die Kollegen sehr empört waren. Er konnte aber noch durchsetzen, daß jeder Kandidat die Möglichkeit bekam, ein „Programm" am Gewerkschaftsbrett auszuhängen. Bald darauf erschien dann an allen Gewerkschaftsbrettern ein Anschlag, auf dem er neben der Abschaffung der obigen Mißstände „Übernahme aller Lehrlinge nach Abschluß der Lehre", „Gleiche Vergütung für ausländische und deutsche Praktikanten" und „ein unzensiertes ‚Schwarzes Brett' " forderte.

Vor den Wahlen erschien eine Ausgabe von „Der rote Bahnräumer", Betriebszeitung der KPD/ML für das AW Bremen. Die ersten drei Seiten sind den Jugendvertreterwahlen gewidmet. Dort werden diese Forderungen unterstützt. Die Zeitung schreibt: „Erfolge können wir nur mit einer einigen, entschlossenen Lehrlingsfront mit kämpferischen Jugendvertretern erzielen."

Bei der Wahl der Jugendvertreter gaben dann von 68 Lehrlingen (jeder hatte fünf Stimmen, weil fünf Jugendvertreter gewählt wurden), 50 ihre Stimme diesem Kollegen. Das ist ein gutes Ergebnis, das nur seinem unversöhnlichen Eintreten für die Interessen seiner Kollegen zu verdanken ist. So bestätigt auch diese Wahl, daß die Politik des Klassenkampfes breite Unterstützung — auch bei der Jugend — findet.

Keine Duldung der Nazi-Provokationen!

Auch gegen die geplante NPD-Provokation, die am 17. 3. in Bremen verhindert werden konnte (s. RM 12/78), war die Rote Garde Bremen sofort aktiv geworden. So erschienen in der Vorwoche plötzlich acht Parolen in der Innenstadt von Bremen:

Keine Duldung der Nazi-Provokation!
KPD/ML Rote Garde

Der Bonner Staat:
Er will ein neues '33,
ein' Polizeistaat soll es geben –
doch unser Volk will's nicht erleben!

„Tod dem 卐". Außerdem flatterten plötzlich im dichtesten Einkaufsbetrieb der Innenstadt von oben Wurfzettel herab mit der Aufschrift: „Keine Duldung der Naziprovokationen!" und „Der Bonner Staat, er will ein neues '33. Einen Polizeistaat soll es geben, doch unser Volk will's nicht erleben!" Die Rote Garde trug so mit zum Widerstand gegen die Faschistenkundgebung und deren Verhinderung bei!

Vorwärts beim Aufbau revolutionärer Agitproptrupps!

Am 18. 3. ging in der Dortmunder Westfalenhalle das erste Arbeitertheater-Festival über die Bühne. Ein Tag des revolutionären Arbeitertheaters, der in vieler Hinsicht den Start für eine revolutionäre Kulturkampffront markierte, vor allem aber auch anregte, Fragen und Methoden des neuentstehenden Agitproptheaters zu diskutieren. Neben dem Hamburger Spielmannszug, der Dortmunder Volkstanzgruppe „Slürdanz" und der hervorragenden Volksmusikgruppe „Elbspeelers" führten diesmal elf Agitproptrupps einen Wettbewerb durch, tauschten theaterspielend ihre Erfahrungen aus und legten für die kommende Zeit politisch, künstlerisch und organisatorisch Schwerpunkte fest, um ihre Arbeit zu verbessern und zu vertiefen.

Den größten Eindruck hinterließen die vielfältigen Ideen, mit denen die Agitproptrupps die verschiedenartigsten Themen aus dem aktuellen Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie künstlerisch gestalten. Und gerade hier zeigte sich die Kraft und Überlegenheit des proletarischen Laientheaters: Es schöpft aus dem Leben der Arbeiterklasse, aus ihren Kämpfen, aus ihrer Sehnsucht nach einem neuen Leben im Sozialismus. So wie in der revolutionären Zeit Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre das Agitproptheater für revolutionäre Schriftsteller, Dichter und Musiker, wie z. B. Bertolt Brecht, Erich Weinert und Hanns Eisler anregend und richtungsweisend war, so wird auch die neu entstehende Agitpropbewegung in unserem Lande künftig der revolutionären Kunst und Literatur entscheidende Impulse geben.

Nehmen wir noch einmal das Programmheft des Arbeitertheater-Festivals zur Hand und erinnern uns an das zwar langdauernde, aber durchweg lustige, gepfefferte, kurzweilige und kämpferische Programm:

Hier der „Rote Pfeffer" Westberlin mit seiner begeisternden und zugleich erzieherischen Pantomime „Der Bulle mit dem biederen Gesicht", in der an mehreren Beispielen das Spitzelwesen des Kontaktbereichsbeamten (KOB) dargestellt wird; dort die Bremer „Roten Reporter" mit ihrem Stück „Die Kapitalisten rüsten fleißig für ein neues '33", die mit knappen, aber zutreffenden Mitteln in Sprache, Gestik und Requisiten eine schlagkräftige Straßenszene vortrugen.

Hier der Vortrag alter und neuer Lieder der Werktätigen (z. B. das von den Dortmunder „Roten Raketen" vorgetragene Bergarbeiterlied „Glück auf" oder die Bauernlieder des „Roten Sprachrohr" Kiel); dort die verschiedensten hervorragenden Rezitationen von Weinert- und Brecht-Gedichten. Hier die Pantomime „Das Ende der Nacht" von der „Pfeffermühle" Bochum, die die Geschichte von 1945 bis zur sozialistischen Revolution in Deutschland aufzuzeigen versuchte; dort die „Rote Kolonne" Frankfurt, die in ihrem Programm den Kampf gegen die dekadente bürgerliche Kultur aufgriff.

Alle Trupps arbeiteten in zähem und zeitintensivem Einsatz daraufhin, sich für Auftritte auf der Straße zu rüsten und auf dem Festival ihr Bestes geben zu können. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß sie ihrem Ziel, der Schaffung eines neuen revolutionären Agitproptheaters, einen wesentlichen Schritt nähergerückt sind.

Im „Roten Morgen" 12/78 haben wir über den Ablauf des Festivals berichtet und sind dort bereits etwas ausführlicher auf die Agitproptrupps eingegangen, die einen Preis erhalten haben. An dieser Stelle möchten wir jedoch auch gewisse Schwierigkeiten bzw. Unstimmigkeiten behandeln, die am Festivalabend beim Problem der Bewertung der verschiedenen Einzelprogramme auftraten. Wie war es dazu gekommen? Ohne Zweifel hatten es die Zuschauer schwer, da sie für die Abstimmung keine genaueren Kriterien bekommen hatten, — ein Fehler, der bei der Vorbereitung des nächsten Festivals bestimmt korrigiert wird! Und deshalb hatte die Jury einen entscheidenden Vorteil, denn sie verfügte über Bewertungsmaßstäbe (z. B.: Wie ist es einer Gruppe politisch und künstlerisch gelungen, breit und massenverständlich den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei darzustellen? Wie, den Arbeitern, den Werktätigen anhand ihrer konkreten Probleme den Ausweg zu zeigen? Wie ist es der Gruppe gelungen, anknüpfend an die revolutionäre Tradition der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit und Unausweichlichkeit der sozialistischen Revolution überzeugend und wirkungsvoll darzustellen?). Außerdem konnte sich die Jury vorher und nachher zusammensetzen, um die einzelnen Darbietungen ihrem Inhalt und ihrer Form entsprechend zu diskutieren. Auf jeden Fall wird auch bei künftigen Wettbewerben das Publikum zu Rate gezogen, allerdings mit einer entscheidenden Verbesserung von vornherein, nämlich der Festlegung klarer, einheitlicher Bewertungskriterien.

Fast völlige Übereinstimmung zwischen Publikum und Jury bestand in der Einzelwertung: Publikum wie Jury bewerteten „He lücht!" vom Hamburger „Roten Sprachrohr" als bestes Agitpropstück; Übereinstimmung wurde auch beim neuen und beim traditionellen Lied bzw. bei der Rezitation eines Gedichtes erzielt. Einziger Unterschied: Das Publikum stimmte für die Pantomime „Das Ende der Nacht" von der „Pfeffermühle" Bochum, die Jury gab aber der Westberliner Pantomime den Vorzug, weil hier direkt am Haß der Westberliner Bevölkerung auf die Einführung des sog. Kontaktbereichsbeamten, einer Neuauflage der Naziblockwarte angeknüpft und auf überzeugende Weise Haltung und Kampf der Bevölkerung dem institutionalisierten Wohnviertelspitzel gegenüber dargestellt wurde.

Zweifellos war die Bochumer Pantomime von der Anlage her gut, bestach die einfache, konzentrierte, eingängige künstlerische Ausführung. Doch im Gegensatz zur unmißverständlich nachvollziehbaren politischen Aussage bei der Pantomime des „Roten Pfeffer" trafen die Bilder der Bochumer Pantomime nicht immer den Nagel auf den Kopf. Nichtsdestoweniger läßt sich diese Pantomime schnell verbessern, wenn der politische Inhalt eindeutig definiert ist. So z. B. in der 1. Szene „1945": Nicht das deutsche Volk hat den Hitlerfaschismus allein zerschlagen, sondern die Rote Armee Stalins, gefolgt und unterstützt von allen Völkern, die von Nazihorden geknechtet und bedroht wurden, einschließlich des deutschen Volkes. Im Bild wäre das einfach nachzuzeichnen: Die darstellenden Akteure könnte man entsprechend der historischen Realität charakterisieren, z. B. den Hauptdarsteller als Rotarmisten, der in vorderster Front gegen den Hitlerfaschismus kämpft, an seiner Seite Soldaten anderer europäischer Völker, unterstützt von einem Kämpfer des Nationalkomitees Freies Deutschland usw. usf. Oder in der 2. Szene „Ender der 40er / Anfang der 50er Jahre": Die westdeutschen Monopole haben nicht eigenständig, sondern als Marionetten des US-Imperialismus den faschistischen Geist wieder zum Leben erweckt. Auch das könnte man einfach auf ein Pantomimebild übertragen. Oder in der letzten Szene „19??", dem Jahr der sozialistischen Revolution in Deutschland. Warum sollte man hier auf **deutsche** revolutionäre Kampfmusik verzichten? Und diese könnte sogar im zweitletzten Bild beginnen, um die Verbindung unserer heutigen revolutionären Arbeit mit dem Sieg der sozialistischen Revolution zu kennzeichnen. Soweit einige Punkte als Anregung zum Weitermachen!

Auch in der Gesamtwertung gab es bei Jury und Publikum unterschiedliche Einschätzungen in der Ermittlung der Preisträger. Und hier breitete sich bei der Bekanntgabe der Sieger unter den Zuschauern zunächst Unverständnis und bei einigen auch Enttäuschung darüber aus, daß die Meinung des Publikums nicht — wie auf der Eintrittskarte vermerkt — als gleichgewichtige Stimme wie die der Jury in die Abstimmung einfloß. Enttäuschung und Ärger zurecht; denn, obwohl man sicher sein kann, daß die meisten Zuschauer die inhaltlichen Mängel der Kulturrevue des Frankfurter Agitproptrupps nicht übersahen und die politische Begründung der Jury für ihre Entscheidung — trotz der zeitlich bedingten Kürze — auch richtig fanden, gefiel vielen aus dem Publikum der Auftritt der „Roten Kolonne", weil der Trupp ein brennendes Problem insbesondere der Jugend behandelte: den Kampf gegen die dekadente bürgerliche Kultur. Die Genossen der „Roten Kolonne" hatten den Mut, das „heiße Eisen" Popkultur anzufassen. Sie kamen auf die Form einer Revue, wählten das Mittel des „literarisch-satirischen Kabaretts". Man merkte, daß sie auf diesem Gebiet unbedingt was los haben. Man hätte ihnen dafür durchaus einen Sonderpreis verleihen können.

Gerade die Formen der Parodie, der Satire, des Kabaretts geben unserer Agitation und Propaganda reiche Möglichkeiten vor allem zur Entlarvung der Bourgeoisie. Insbesondere ist das Kabarett eine wichtige künstlerische Form, die wir auch nutzen müssen. Das ist aber nicht so einfach. Klar, selbst fortschrittliches bürgerliches Kabarett genügt nicht. Es bringt ausschließlich: so und so ist es, und läßt es dabei bewenden. Es bleibt eben in der Verneinung stecken. Doch wie aus der kapitalistischen Misere herauskommen, das wird hier nicht gezeigt. Da muß unsere Arbeit einsetzen. Denn was wir brauchen, ist ein revolutionäres Kabarett, das den Ausweg weist.

Die „Rote Kolonne" experimentiert noch und gerade darin müssen wir sie auch unterstützen! Die Fließband-Pantomime „Über den Wolken", das entlarvende und gut vorgetragene Lied „Die Bourgeoisie hat viele Waffen" oder die Satiren auf die dekadente Popmusik wie „Rosaliii" bieten gute Ansätze, solch ein revolutionäres Kabarett zu entwickeln. Nur sind die Showeffekte im ersten Teil der Frankfurter Kulturkampfrevue zu breit ausgespielt, die Satire, der Angriff auf die dekadente Popmusik kam nicht klar genug heraus. Vor allem fehlte eine überzeugende Entwicklung der Revue. Man kann nicht harter, dekadenter Rauschkultur unvermittelt die Partei bzw. den moralischen Aufruf, mit der Partei zu kämpfen, entgegenstellen, sondern muß den Zuschauer im Spiel für eine fortschrittliche Sache, für den revolutionären Kampf gewinnen und überzeugen.

Wie aber diesen Bruch im Ablauf der Revue vermeiden? Man könnte z. B. zwei Lehrlinge einführen, die im Gespräch einzelne Szenen ergänzen, kommentieren, so, daß z. B. einer immer mehr von der Richtigkeit des Kampfes gegen die dekadente Kultur der Bourgeoisie überzeugt wird. Szenen über Diskotheken etc. sollten zwar unbedingt beibehalten bleiben, aber vielmehr als Zitate, als Illustration. Als Ergebnis muß eindeutig feststehen, daß wir solche Szenen bringen, um sie zu kritisieren, um sie zu entlarven.

Und noch ein Aspekt, den man für die Revue überlegen könnte: Wenn die Spieler, die den Diskotanz vorführen, nicht einfach verschwinden, sondern aus ihrer Rolle heraustreten und das Gezeigte — etwa mit einem guten Lied — kommentieren, dann würden die Jugendlichen bei einer Vorführung im Jugendheim z. B. sehen, daß die Truppe durchaus gute, mitreißende revolutionäre Musik machen kann. Sie würden sehen, daß die Truppmitglieder gegen die dekadente bürgerliche Popmusik sind und für eine andere Kultur, die Kultur des Proletariats, eintreten. Die Spieler bekämen dadurch Autorität, ihre Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Kultur würde nicht abstrakt, im Gegenteil, sie würde ernsthafter, glaubwürdiger...

Aufgrund ihres Könnens und ihrer Erfahrungen auf dem Gebiet des Agitproptheaters kann man auf jeden Fall sicher sein, daß die „Rote Kolonne" in kürzester Zeit die politischen Mängel der Revue beseitigen und die umgearbeitete Kulturkampfrevue verstärkt in der Agitation und Propaganda unter den Jugendlichen einsetzen wird; denn dafür werden sich die Mittel eines revolutionären Kabaretts bestimmt ausgezeichnet eignen. Wir wünschen den Genossen der „Roten Kolonne" bei ihrer Arbeit gutes Gelingen!

Unsere Kunst und Kultur lebt vom Klassenkampf, wird inspiriert vom Kampf für eine menschenwürdige Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Und gerade diese Notizen und Anmerkungen zum ersten Arbeitertheater-Festival sollen — zusammen mit dem erfolgreichen Beginn des Erfahrungsaustausches unter revolutionären Agitproptrupps weiter dazu anspornen, die einzelnen Programme und Repertoires politisch zu qualifizieren, um sie noch besser im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland einsetzen zu können.

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

"Modell Italien" Revisionisten unterstützen Polizeiterror

Hierzulande gibt sich die DKP „besorgt" um die demokratischen Rechte. So klagt sie die Berufsverbote an — wenn es um ihre eigenen Mitglieder geht.

So hört man auch „kritische Worte" zu den neuen Razziengesetzen. Und wenn die Polizei gegen streikende Arbeiter vorgeht, findet man in der „UZ" wohl auch mal ein „mahnendes" Wort an die „Kollegen in Uniform". Für viele erscheint diese Partei darum als „fortschrittlich". Zwar nicht als revolutionär, aber doch eben als „demokratische Kraft". Daß dies ein gefährlicher Trugschluß ist, dafür ist das Vorgehen ihrer „Gesinnungsgenossen" in Italien wieder einmal ein trauriger Beweis. Gerade die revisionistische KPI fördert tatkräftig die Faschisierung dieses Landes.

Bekanntlich ist in Italien der Politiker Aldo Moro entführt worden. Die christdemokratische Regierung hat dies zum Anlaß genommen, um nicht nur mit einem beispiellosen Polizei- und Militäreinsatz das Volk zu terrorisieren, sondern auch Gesetze durchzupeitschen, die die Faschisierung des italienischen Staates stark vorantreiben. Unter anderem kann die Polizei jetzt Telefone abhören und ohne Genehmigung Hausdurchsuchungen durchführen. Die Polizei kann ohne Haftbefehl bis zu vier Tage lang Personen verschwinden lassen und sie verhören, ohne daß der Festgenommene sich mit einem Rechtsanwalt verständigen kann. Nach dem neuen Gesetz kann sie jeden verhaften, der ohne Ausweis auf der Straße angetroffen wird. Also Gesetze, die dem faschistischen Spanien alle Ehre machen würden und sogar noch weiter gehen als die vom Bundestag beschlossenen Razziengesetze.

Und was macht die revisionistische KP Italiens? Unter dem Deckmantel, jetzt komme es darauf an, „die Demokratie in Italien" zu verteidigen, versicherte KPI-Chef Berlinguer nicht nur dem entführten Moro seine „Wertschätzung und Solidarität", sondern unterstützte ausdrücklich auch die Terrorgesetze der Regierung Andreotti und den Einsatz des Militärs auf den Straßen von Rom. Ja, es war vor allem die revisionistische Partei, die versuchte, unter dem Motto „Solidarität der Demokraten" die Massen für die kapitalistische Ausbeuterordnung auf die Straßen zu treiben. Die DKP hat es letztes Jahr noch nicht gewagt, zur Zeit der Entführung Schleyers die vom Staat angeordneten Demonstrationen zu unterstützen. Mit ihrem Versuch, die „Terroristen" als Handlanger der „Rechtskräfte" hinzustellen, geht sie aber ebenfalls den Weg Berlinguers. Denn dieser stellt die Entführung als das Werk von Neofaschisten hin und die Faschisierungsmaßnahmen des italienischen Staates als „Abwehrkampf gegen einen Angriff auf die demokratischen Errungenschaften".

Es ist typisch, daß die „UZ" diese Sprachregelung übernimmt und kein Wort der Kritik an den Polizeimanövern und Polizeistaatsgesetzen in Italien verschwendet, sondern sie verteidigt. Die Zeitung kommentiert am 21. 3.: „Es ist offensichtlich, daß realistische Politiker wie Moro durch das barbarische Attentat bedroht, eingeschüchtert und politisch unter Druck gesetzt werden sollen, damit ein parlamentarisches Zusammenspiel mit den Kommunisten sabotiert werden kann." Und es sei das Ziel des Attentats, „die parlamentarische Ordnung zu untergraben".

Offensichtlich biedert sich die DKP hier, auch wenn sie noch nicht so nahe an den Futtertrögen ist wie ihre Brüder in Italien, schon jetzt als Retter der „parlamentarischen Ordnung" an. Als eine Partei, die alle Notstandsgesetze und faschistischen Maßnahmen unterstützen wird, wenn sie nur am „parlamentarischen Zusammenspiel" teilnehmen kann. Eben darum ist es notwendig, schon heute diesen angeblichen „Demokraten" die Maske herunterzureißen und sie als das zu bekämpfen, was sie tatsächlich sind: Wegbereiter der Faschisierung und des Faschismus.

Sie fürchten die Waffen in den Händen der Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

weise in der Demonstration gegen den Flugplatz von Nordhorn. Der Präsident des Deutschen Schützenbundes, Georg von Opel, rief die Regierung auf, auch gleich halbautomatische Kleinkalibergewehre zu verbieten, sie seien „bestens geeignet für Überfälle, Terror, ja sogar für einen Bürgerkrieg."

In dem neuen Gesetz soll nun der illegale Besitz von halbautomatischen Waffen als Verbrechen behandelt werden — Höchststrafe fünf Jahre. Zugleich wird in dem neuen Gesetzesentwurf aber auch die Vollmacht ausgeweitet, Gegenstände und Geräte zu verbieten, die nicht unter den Katalog des Paragraphen 37 fallen. Als Beispiel werden die sogenannten „Präzisions-Gummischleudern" angeführt. Dazu heißt es: „Es besteht die Gefahr, daß diese Geräte in zunehmendem Maß bei Demonstrationen mitgeführt und gegen die staatlichen Sicherheitsorgane eingesetzt werden." Das ist es also: Die Staatsbehörden wollen mit dem Gesetz jeden Selbstschutz von Werktätigen gegen den Terror der Polizei unterbinden und verfolgen. Mit der gleichen Ermächtigungsklausel wurden bereits Fahnenstangen zu „Hiebwaffen" erklärt. Und als „passive Bewaffnung" wurde das Tragen von Schutzhelmen verboten!

Das muß man sich vor Augen führen: Inzwischen kommt auf fast jeden Polizisten eine Maschinenpistole. Ganz zu schweigen von den Panzerwagen, den Maschinengewehren, die nach dem einheitlichen Polizeigesetz, das kürzlich das Saarland als erstes Bundesland verabschiedete, gegen Demonstrationen eingesetzt werden sollen. Fast jede Woche eine Nachricht, daß wieder ein Polizist blindwütig einen Werktätigen erschoß.

Nichts zeigt deutlicher, daß dieser Staat ein Gewaltapparat der Bourgeoisie ist. Die bürgerlichen Politiker nennen ihn „Demokratie". Warum geben sie dann dem Volk keine Waffen? Warum versuchen sie es dann wehrlos zu halten und jeden Stock und Stein als „Waffe" zu verbieten? Weil diese kapitalistische Gesellschaft eben nicht „sozial" und „gerecht" ist, wie sie behaupten, sondern auf Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut ist. Weil dieser Staat die Herrschaft des Kapitals sichern soll. Darum fürchtet die Bourgeoisie Waffen in den Händen der Werktätigen. Denn die Arbeiter könnten sie gebrauchen, um in einer gewaltsamen Revolution ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu verjagen. Daß in einem sozialistischen Staat wie Albanien alle Werktätigen Waffen besitzen und führen, zeigt mehr als viele Worte, daß hier wirkliche Demokratie herrscht, daß hier das Proletariat, das Volk, die Macht besitzt.

Auch die Ausgabe von Waffenerwerbs- und Waffenscheinen für Schußwaffen verrät den Klassencharakter der Waffengesetze in der Bundesrepublik. Bis 1973 war nur für Faustfeuerwaffen, also Pistolen, ein Waffenerwerbsschein notwendig, seitdem nun auch für Gewehre. Inzwischen sind nur noch Zündplättchenpistole, Armbrust und Luftgewehr frei. Jede Waffe muß angemeldet und genehmigt werden. Strafe bei Nichtanmeldung: drei Jahre Gefängnis. Wer diese Waffenerwerbsscheine ausgibt, kann man sich denken: die Polizei. Sie entscheidet, ob jemand entsprechend den Bestimmungen „zuverlässig" ist und ein „Bedürfnis" nachweisen kann. Daß er beispielsweise „wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriffe auf Leib und Leben gefährdet ist."

Und wer ist das? Etwa ein Herr Pieper, Senatsdirektor in Hamburg. Das sind Politiker wie Dregger, Strauß. Oder Kapitalisten, die „ihr Eigentum schützen müssen". Sie erhalten Waffenerwerbsscheine und Waffenscheine, damit sie ihre Pistolen ständig herumtragen können. Aber ein Arbeiter oder beispielsweise ein Taxifahrer: kein „Bedürfnis"! Erst recht sollen diese Auswahlbestimmungen verhindern, daß Kommunisten und Revolutionäre Waffen kaufen können. Typisch ist hierfür das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Baden-Württemberg gegen einen Sportschützen, der im Verdacht stand, Mitglied des KBW zu sein. Ihm wurde der Besitz eines Kleinkalibergewehrs verboten, weil es „genügend Gründe" dafür gäbe, daß dieses Gewehr „mißbräuchlich" für den „bewaffneten Kampf" verwendet werden könne.

Nein, diese Gesetze sollen keineswegs die Kriminellen daran hindern, sich Waffen zu besorgen. Selbst die Polizeibehörden bekennen offen, daß sich durch diese Maßnahmen allein die Preise auf dem „Schwarzmarkt" erhöhen, und keine Waffe weniger bei Gangstern auftaucht. Diese Waffengesetze dienen gerade dazu, den Werktätigen das demokratische Recht zu nehmen, Waffen zu besitzen und zu tragen. Die Staatsgewalt soll das absolute Monopol auf Waffen haben. Und natürlich die Mitglieder der herrschenden Klasse.

Die Zahl der privaten Waffen in den Händen der Bourgeoisie ist nicht gering. Bei der Anmeldeaktion in den Jahren 1973/74 wurden 2,5 Millionen Waffen gemeldet, darunter der überwältigende Teil von Bürgerlichen. Daß einzelne richtige Waffenlager besitzen, verraten z. B. die Zahlen von Hannover und Frankfurt. Hier ließen jeweils 15.000 Besitzer über 100.000 Waffen registrieren. Und daß Faschistengruppen Waffen horten, ist hinreichend bekannt.

Es ist bezeichnend, daß die Regierung im Zusammenhang mit „Gesetzen zur inneren Sicherheit" stets auch weitere Verschärfungen der Waffengesetze durchgepeitscht hat. 1973, 1976, 1978. Inzwischen sind die Waffengesetze in der Bundesrepublik schon weitaus schärfer als das 1938 erlassene Reichswaffengesetz der Hitlerfaschisten. Sollen sie ihre Gesetze machen! So wie die Revolution nicht durch ein Gesetz zu verbieten ist, so wird auch dieses Waffengesetz nicht verhindern, daß sie gewaltsam durchgeführt wird. Denn nur der Griff der Massen zum Gewehr, schafft den Sozialismus her! Kämpfen wir gegen die reaktionären Waffengesetze! Nieder mit den Polizeistaatsgesetzen!

Stuttgart: Deutschlandlied für Schulkinder



Man hatte das Fernsehen eingeladen. Ministerpräsident Filbinger überreichte zusammen mit dem reaktionären Schlagerstar Heino Schallplatten. Die Kinder aus der Grund- und Hauptschule Schwieberdingen waren eigens zu diesem Zweck in die Stuttgarter Villa Reitzenstein gekarrt worden. Und was war auf der Schallplatte? Heino singt das „Deutschlandlied" samt Strophe eins: „Deutschland, Deutschland, über alles, von der Maas bis an die Memel". Als diese chauvinistische Werbung jetzt an die Öffentlichkeit kam, erklärte Staatssekretär Meyer-Vorfelder dreist: „Ich bin der Auffassung, daß wir ein natürliches Verhältnis zu dem Wortlaut auch der ersten Strophe bekommen sollten." Aufgrund des Protestes in der Öffentlichkeit verzichtete Filbinger darauf, die restlichen 1.000 Schallplatten an die Schulen zu verteilen. Allerdings zeigen die Verordnungen des Kultusministeriums, daß dies Augenwischerei ist. In Baden-Württemberg ist die „Nationalhymne verbindlicher Bestandteil des Musikunterrichts in den Klassen 5 und 6."

Freiburg: „Kontaktbereichsbeamte", jetzt auch in Südbaden

Wie das Regierungspräsidium in Freiburg mitteilt, sollen nun auch in Südbaden Kontaktbereichspolizisten — eine Art Blockwarte — eingeführt werden. Dies vor allem, nachdem in anderen Bundesländern mit diesem System „hervorragende Ergebnisse" erzielt worden seien. Wie weiter mitgeteilt wird, sollen in jedem „überschaubaren Bereich" „Anlaufstellen für den Bürger" geschaffen werden. Die Polizei würde dadurch „bürgernäher" als bisher. Bürgernah? — Ja, schon. Berufsmäßige Spitzel werden uns damit noch näher auf den Leib rücken als bereits bisher. Anlaufstelle? Ja für Denunzianten und Zuträger! **Weg mit den Kontaktbereichsbeamten!**

Duisburg: Freispruch in einem Routhier-Prozeß

Vier Jahre nach dem Trauerzug zu Ehren unseres Genossen Günter Routhier mußte das Landgericht Duisburg nun auch den Trauerzugteilnehmer Reinhold H. freisprechen. Reinhold hatte eine Anklage über Widerstand und Landfriedensbruch erhalten. Im ersten Verfahren war er zu 1.200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung mußte ihn das Gericht freisprechen. Gegen den Freispruch hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und so kam es am 27. 2. dieses Jahres erneut zur Verhandlung. Die Polizisten mußten zugeben, daß es sich nicht um eine „verbotene Demonstration" handelte. In der Befragung kam außerdem heraus, daß für alle Festgenommenen eine Standardanzeige geschrieben und die Namen später eingetragen wurden.

Verfolgung von Betriebszeitungen

Die Bourgeoisie greift immer mehr zu dem Mittel der „Gegendarstellung" und der „Einstweiligen Verfügung", um die Propaganda unserer Betriebszeitungen zu unterdrücken. In der letzten Woche erhielten allein drei Betriebszeitungsredakteure Briefe von Rechtsanwälten. Die „Zündkerze" von Opel/Rüsselsheim soll eine „Gegendarstellung" von zwei reaktionären türkischen Betriebsräten abdrucken. Der „Fechenheimer Anzeiger" verlangt, daß in der Betriebszeitung für Cassella eine angeblich „verleumderische Äußerung" zurückgenommen wird. Und bei der Betriebszeitung „Rote Faust" für die Zeche Blumenthal meldete sich sogar der Bundestagsabgeordnete Hermann Josef Russe, um einen „Widerruf" zu verlangen. Allerdings werden auch diese juristischen Tricks nicht verhindern können, daß die Betriebszeitungen weiter die Wahrheit verbreiten. Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!

Stuttgart: Eltern sollen Lehrer bespitzeln

Der Ministerrat Baden-Württembergs setzt sich derzeit für einen sogenannten „Überprüfungserlaß" ein. Die Eltern sollen über die Elternvertreter veranlaßt werden, die von den Lehrern im Unterricht verwendeten Materialien zu überprüfen. Gemeint sind Schriftstellertexte, Presseausschnitte, Tabellen, Schaubilder, Aufsätze, die nicht in den offiziellen Lehrmaterialien enthalten sind und bei denen der Verdacht besteht, daß sie nicht den Wertvorstellungen des Grundgesetzes entsprechen. Im Klartext: Werke fortschrittlicher Schriftsteller, Ausschnitte aus der nicht gleichgeschalteten Presse (Demokratische und kommunistische Zeitungen) usw. usf. Es soll sichergestellt werden, heißt es im Erlaß, „daß die Schüler keinerlei Indoktrination unterworfen werden können". Dieser „Überprüfungserlaß" ist ein weiterer Schritt der Faschisierung an den Schulen, durch ein Klima der Denunziation sollen fortschrittliche Lehrer eingeschüchtert werden. Die werktätigen Eltern werden sich nicht für diese Spitzeldienste hergeben! Weg mit dem „Spitzel"-Erlaß!

Köln: Dia-Vortrag zum Kölner Antifaschistenprozeß

Kölner Freunde der RHD haben nicht nur eine Broschüre zum Kampf der Kölner Antifaschisten hergestellt, sondern auch einen Lichtbildervortrag ausgearbeitet, der anschaulich vom Kampf gegen die NPD-Faschisten und vom anschließenden Prozeß berichtet. Der Prozeß endete mit Gefängnisstrafen für fünf Antifaschisten. Den Dia-Vortrag kann man beim Buchladen „Roter Morgen" in Köln ausleihen.

Stuttgart: Neues von Stammheim

Die Anfang des Jahres in der Zelle Andreas Baaders „gefundenen" vier Patronen stammen aus einer Lieferung, die im August 1976 an das Innenministerium von Rheinland-Pfalz gerichtet war. Dies mußte der Vorsitzende des Stammheimer Untersuchungsausschusses jetzt der Presse mitteilen. Es war allerdings nur in der „Stuttgarter Zeitung" vom 13. 3. zu lesen. Denn dieses neue „Wunder" paßt so gar nicht zu den verbreiteten „Märchen" über den angeblichen Selbstmord der politischen Gefangenen in Stammheim. Offensichtlich haben die Staatsbehörden „nachgeholfen", als sie das große „Waffenlager" in den Stammheimer Zellen „entdeckten".

Mainz: Rheinland-Pfalz beschließt Polizeigesetz

Nach der saarländischen Landesregierung übernimmt jetzt auch Rheinland-Pfalz den Musterentwurf der Innenminister für ein „einheitliches Polizeigesetz" als Landesgesetz. Mit der geringfügigen Ausnahme, daß in Rheinland-Pfalz festgenommene Personen im Gegensatz zum Musterentwurf Angehörige benachrichtigen können, werden alle faschistischen Maßnahmen dieses Gesetzes übernommen. So auch die Zulässigkeit des gezielten Todesschusses durch die Polizei und die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten. Innenminister Schwarz hat in einem „Spiegel"interview erklärt, diese Bewaffnung sei notwendig, „um auf vorrevolutionäre Situationen vorbereitet zu sein." Das „einheitliche Polizeigesetz" verstärkt die Entwicklung der Bundesrepublik zum Polizeistaat. Kampf den „Todesschuß"-Gesetzen! Nieder mit Reaktion und Faschismus!

Hamburg: Entlassen — weil er Anti-AKW-Plakette trug





Nachdem die Hamburger Schulbehörde den Lehrern in dieser Stadt verbot, während des Dienstes Anti-AKW-Plaketten zu tragen, versucht der Hamburger Senat die Unterdrückung der Meinungsfreiheit auch bei den anderen Angestellten der Stadt durchzusetzen. Jüngstes empörendes Beispiel ist die fristlose Kündigung des S-Bahnfahrers Olaf Holub am 14. 3. Er hatte während des Dienstes die „Atomkraft-Nein-Danke"-Plakette getragen. Olafs Prozeß gegen diese fristlose Kündigung findet am 18. 4. statt. Solidarität mit Olaf Holub! Freie politische Betätigung in Betrieb, Schule und Universität!

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Wieder Giftmüll!

Grenzach-Wyhlen ist eine Großgemeinde am Hochrhein nahe der schweizerischen Stadt Basel. Anfang März machte der ehemalige Aufseher einer stillgelegten Kiesgrube durch seine Aussage bekannt, daß dort seit dem Ende der fünfziger Jahre Giftmüll lagert. Es liegen dort 300 bis 400 Eisenfässer mit der Aufschrift: „Gift", die außerdem mit Totenköpfen gekennzeichnet sind. Solche Fässer und Textilsäcke wurden mit anderem Müll von verschiedenen Baseler Firmen, u. a. dem Chemiekonzern Hoffmann la Roche,angeliefert. Der Aufseher wußte von geplatzten Fässern zu berichten, aus denen eine dickmassige, stark riechende und ätzende Flüssigkeit lief, die die Augen angriff. Auch weißes Pulver hat er gesehen, das sich beim Platzen des Sacks sofort entzündete, so daß verschiedene Male die Feuerwehr eingreifen mußte. Ratten, die mit dem Pulver in Berührung kamen, verloren ihr Fell. In einer Grube befand sich zu der Zeit ein Karpfenteich. Als man feststellte, daß der Müll das Wasser verfärbte, wurde ein Teil der Fische herausgenommen, der Rest verendete.

Da die Bevölkerung von Grenzach stark beunruhigt ist, haben die Behörden eine Untersuchung des Grundwassers sowie Probeschürfungen in der Grube und die Durchsicht der Zollpapiere angekündigt. Nun sind mindestens zwei Gruben betroffen, bei den anderen weiß niemand genau, was sich dort befindet. Am 8. März sollte die Ausbaggerung der einen Grube beginnen. Über diese Aktion, geschweige denn das Ergebnis der Untersuchungen, wurde bis jetzt nichts mehr gehört.

Rot Front, eine Genossin aus Freiburg

Die Sorge der DKP um uns Frauen

8. März. Internationaler Frauentag. Ich gehe zum Briefkasten. Ein dickes Paket fällt mir entgegen, zusammen mit einer gammeligen roten Nelke. Eine „UZ" ist drin, Flugblätter und allerlei Kleinkram. Die DKP war mal wieder hier. Muß ganz schön teuer gewesen sein, das viele Papier, das sie hier in unserer Siedlung „Sonnenscheineck" in Dortmund gesteckt haben. Aber na ja, bei den Millionen aus der DDR! Ich sehe mir das Zeug mal genauer an.

Ein Pfennig fällt aus der Tüte. Nanu, verteilt die DKP jetzt Geld? „Sie erhalten einen Notgroschen", steht in dem beigelegten Flugblatt, „weil das Haushaltsgeld nie reicht." Richtig, das Haushaltsgeld reicht nie. Nach dem Schandabschluß der IGM-Bonzen in der Stahlindustrie schon gleich gar nicht. Die meisten Männer hier in der Siedlung arbeiten bei Hoesch. Es hat viel Ärger und Wut gegeben nach dem Tarifabschluß. Bloß: Die DKP hat natürlich diesen Abschluß mitbetrieben. Ob ihr das jetzt wohl leidtut, so daß sie Pfennige in die Briefkästen wirft? Sozusagen als finanziellen Ausgleich für den Verrat, den sie in der Tarifrunde an den Kollegen geübt hat?

„Sie erhalten einen Lehrer und einen Babysitter von uns", heißt es weiter, „weil die Schulklassen überfüllt und Kindergartenplätze selten sind." Lehrer und Babysitter liegen bei. Ein Ausschneidebogen, so wie die Anziehpuppen für kleine Kinder. Man kann die Puppe anziehen, als Lehrer mit Brille oder als Babysitter mit Schürze und Häubchen. Wirklich toll, wie die sich um unsere Sorgen kümmern. Derartige Ausschneidepuppen lassen sich doch beliebig vervielfältigen. Einfach nachdrucken. Vielleicht löst das unser Kindergartenproblem. Und die Stadt kriegt keinen Ärger.

„Sie bekommen ein Hustenbonbon, da Frauen nie krank werden dürfen." Richtig, ein Hustenbonbon ist auch in der Tüte. Die medizinische Versorgung in der Siedlung ist mehr als schlecht. Zum nächsten Arzt läuft man sich Löcher in die Schuhsohlen. Fachärzte gibt es gar nicht. Ich kenne das doch: Ein fieberndes Kind auf dem Schoß, 30 Minuten bis zum nächsten Kinderarzt mit dem Bus. Hustenbonbons! Das ist die Lösung! Sollte man unserem Gesundheitsminister empfehlen, als neueste Errungenschaft der Präventivmedizin.

Da klappert noch etwas in der DKP-Wundertüte. Eine Pille! Wozu denn eine Pille? „Eine Beruhigungspille, falls ihnen die Sorgen mal über den Kopf wachsen." (!!)

Natürlich ist das Ganze nur symbolisch gemeint. Steht unten auf dem Flugblatt. Die Symbolik ist schon richtig. Unsere Männer haben für Streik gestimmt, für Lohnkampf. Die DKP verteilt Pfennige. In Hörde, unserem Nachbarviertel, gab es Kämpfe gegen Krankenhausschließungen. Die DKP wirft Hustenbonbons in die Briefkästen. In der Druckindustrie stehen die Kollegen seit Wochen im Streik. Die Metaller werden streiken. Kämpfe, wie seit Jahren nicht mehr. Und die DKP verteilt Beruhigungspillen.

So ist das mit den modernen Revisionisten! Ab mit dem Zeug in die Mülltonne!

Rot Front,
eine Genossin aus Dortmund

Wessen Leben schützt der Staat?

Liebe Genossen,
in einer Westberliner Familie passierte folgendes: Die Tante hat einen schweren Hüftschaden und das Pech, AOK-versichert zu sein. Die Operationswartezeit beträgt an der Westberliner Universitätsklinik ein bis drei Jahre. Der „Familienrat" tritt zusammen, denn man hatte erfahren, daß bei einem bestimmten Professor eine Operation innerhalb von 14 Tagen möglich ist. Kosten: 10.000 DM. Der Familienrat sammelt, und die ältere Frau läßt sich operieren. Die AOK Westberlin zahlt 33 Tage Klinikaufenthalt über 5.000 DM. Der Professor stellt 10.000 DM in Rechnung. Hier zeigt sich klar, wer in diesem Staat das „Leben geschützt" bekommt. Wieviele wird es geben, wo keine so große Familie besteht, die 10.000 DM geben kann? Wieviele sterben jährlich, weil sie als Werktätige jahrelang auf eine Operation warten müssen?

Rot Front, ein Genosse aus Westberlin

Solderhöhung und die Folgen

Liebe Genossen,
vor einiger Zeit wurde der Sold der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr um eine Mark am Tag erhöht. Das bedeutete von 165 auf 195 bzw. von 210 auf 240 DM. Dies war die erste Solderhöhung seit Jahren.

Aber lange dauerte es nicht, und es hingen in den Kantinen, wo sehr viele Soldaten gezwungenermaßen ihre Freizeit verbringen (zu weite Wege nach Hause, kaum andere Freizeitmöglichkeiten) neue Preislisten. Es wurden manche Preise um über 50% erhöht, so kostet jetzt ein Bier statt 0,75 DM 1,15 DM. Für die Preiserhöhung war derselbe verantwortlich wie für die Sold„erhöhung": das Bonner Kriegsministerium, das den Kantinenpächtern die Preise vorschreibt. Diese üblen Herren haben gegen eine solche Vorschrift natürlich nichts einzuwenden, machen sie doch dabei, daß sie uns schlechte Ware für teures Geld andrehen, Riesenprofite. In meinem Standort z. B. fährt der Kantinenpächter drei Autos...

Rot Front, ein Genosse beim Barras

Erster albanischer Film in deutscher Sprache

Vier Lieder für die Partei

Erfolgreiche Erstaufführung

In der Informationsschau der Westberliner 28. Internationalen Filmfestspiele wurde in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V. (GFA) vor kurzem der albanische Dokumentarfilm „Vier Lieder für die Partei" erstaufgeführt. Etwa 500 Menschen waren zu den beiden Vorstellungen gekommen. Die Anwesenden wurden im Namen des Sektionsvorstandes Westberlin der GFA von Helmut Lang begrüßt. Danach sprach der Freund Albaniens Peter Platzmann über die Geschichte des albanischen Films als einer Kunst für das Volk. Die Aufführungen des Films wurden zu einem vollen Erfolg. Beide Male spendete das Publikum herzlichen Beifall. Bei der zweiten Vorstellung schloß sich an die Aufführung des Films eine lebhafte Diskussion an. Die zahlreichen Fragen drückten ein reges Interesse an den gesellschaftlichen Verhältnissen im sozialistischen Albanien und an der Politik der Partei der Arbeit Albaniens aus.

Der Film „Vier Lieder für die Partei" entstand im Jahr 1974 zu Ehren des 30. Jahrestages der Befreiung Albaniens. Zum Teil anhand von Ausschnitten aus Wochenschauen und anderem seltenen dokumentarischen Material, vermittelt der Film ein Bild der Geschichte des Landes in den letzten vierzig Jahren. Der Text ist weitgehend albanischen Dichtungen des 20. Jahrhunderts von Fan S. Noli und Migjeni bis zu Ismail Kadare und Dritero Agolli entnommen. Regie führte Viktor Gjika, von dem viele hervorragende albanische Spielfilme stammen, wie „Kommissar des Lichts", „Weite Horizonte", „Der Achte in Bronze", „Weiße Straßen", „Die Auseinandersetzung".

Der Film besteht aus vier Hauptteilen — vier Liedern — und einem Prolog. Der Prolog zeigt, wie die Gewässer eines Flusses aus ihrem jahrhundertealten Bett in einen neuen Lauf umgeleitet werden, um sie zur Gewinnung elektrischer Energie nutzbar zu machen. Er symbolisiert damit die Wende, die das albanische Volk in den vergangenen Jahrzehnten vollzog, eine Wende, die mit der Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze begann.

Die Gründung

Diese Gründung der Partei und die Situation, in der sie notwendig wurde, schildert das erste Lied: „Die Gründung". Es wirft einen Blick zurück in die Geschichte und stellt in krassen Bildern die zutiefst volksfeindliche Politik des Regimes von König Zogu und die Prasserei seiner Clique dem Elend des Volkes und seinem heldenhaften Widerstand gegenüber. Die italienischen faschistischen Besatzer, die im April 1939 Albanien überfielen und denen das Zogu-Regime das Land auslieferte, wurden von den Kugeln der Patrioten empfangen. Das Volk forderte Waffen. Es brauchte eine Führung, einen Kampfstab. Es erhielt ihn in der Kommunistischen Partei Albaniens (der heutigen Partei der Arbeit Albaniens), die die albanischen Kommunisten, geführt von Genossen Enver Hoxha, in dieser düsteren Situation, als die Geschicke der Nation auf dem Spiel standen, am 8. November 1941 in einem schlichten Haus in Tirana gründeten.

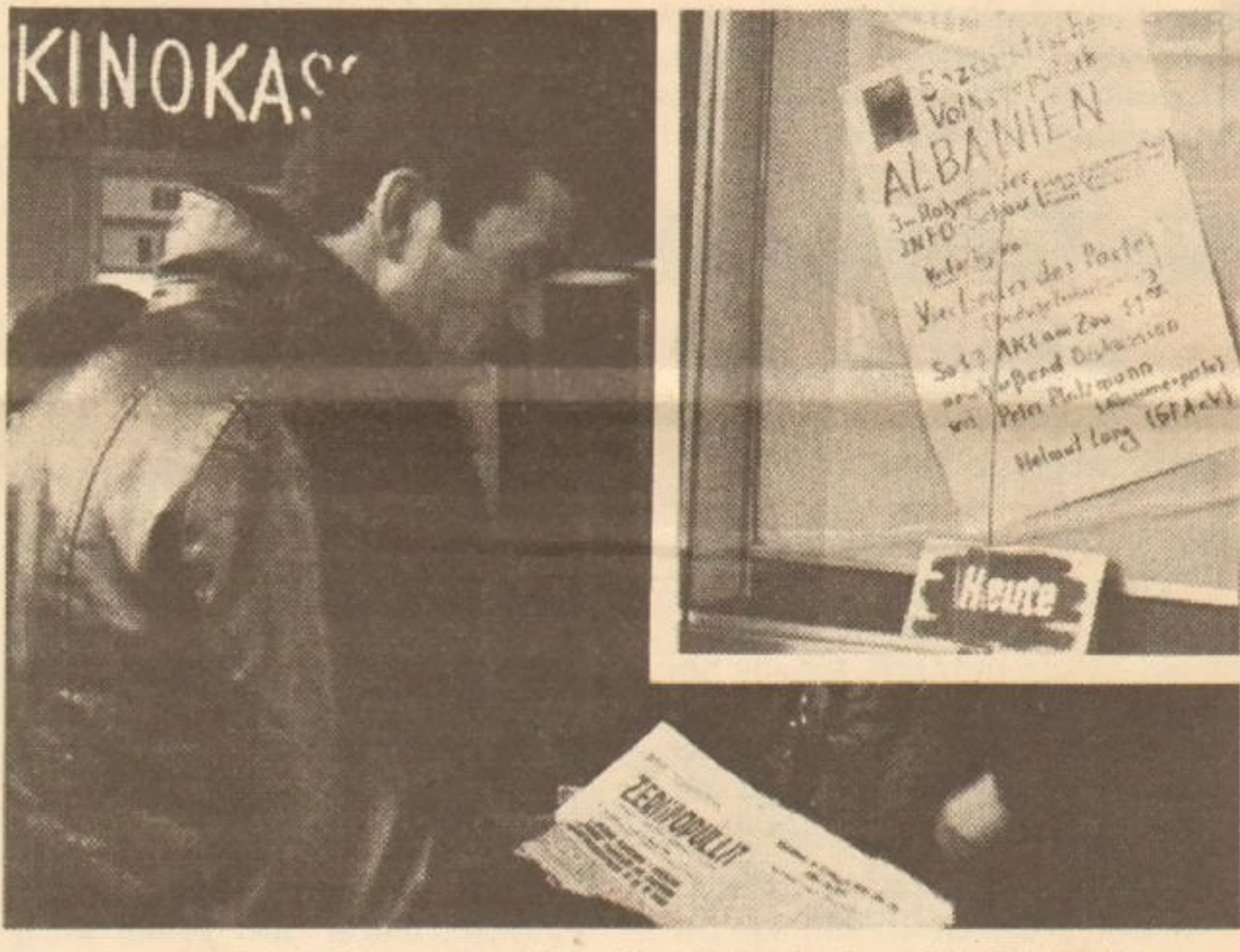
Packend sind die Bilder des Films, die den tapferen Kampf der albanischen Partisanen dokumentieren, die — gestützt auf die eigene Kraft, ohne daß die Rote Armee Stalins einzumarschieren brauchte — das Land von den italienischen Faschisten und nach deren Kapitulation von den deutschen Nazis befreiten. Die Aufnahmen von den Tagen der Befreiung und dem Sieg der Volksrevolution erfüllen die Zuschauer mit Begeisterung.

Der Aufbau

Das zweite Lied: „Der Aufbau", stellt dar, wie das Volk, zusammengeschlossen um die Vorhutpartei der Arbeiterklasse, die Partei der Arbeit, unter größten Anstrengungen die Kriegswunden heilte und eine neue Gesellschaft, den Sozialismus, aufbaute. Im Film heißt es dazu in den Worten des Dichters Dritero Agolli: *„Auf dem Hauptplatz von Tirana / Nahm die neue Epoche stürmisch ihren Lauf! / Enver Hoxha rief die Klasse / Zur Offensive auf."* Aus dem einst rückständigsten Land, in dem es praktisch keine Industrie, kaum Autostraßen, keine Eisenbahnen gab und der primitive Holzpflug die Landwirtschaft beherrschte, wurde Albanien schnell ein Land mit moderner Industrie und entwickelter Landwirtschaft.

Stets dem Marxismus-Leninismus treu

Das dritte Lied: „Stets dem Marxismus-Leninismus treu" zeigt die Konsequenz, mit der die ruhmreiche Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze am Marxismus-Leninismus festgehalten und alle Angriffe der Revisionisten jeder Schattierung, vor allem der Sowjetrevisionisten, zurückgeschlagen hat. Es geißelt den Verräter Chruschtschow als Nachfolger der alten Zaren, prangert die Verbrechen der Führer des Imperialismus und Sozialimperialismus und ihre Weltherrschaftspläne an und würdigt die heldenhaften Kämpfe der Völker. Mutig trotz das kleine albanische Volk der imperialistisch-revisionistischen Blockade und erringt Sieg auf Sieg. Der Film schildert den Weg, auf dem diese Siege errungen wurden. Er zeigt die feste Haltung der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter Leitung von Genossen Enver Hoxha auf der Moskauer Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien 1960, er gibt Ausschnitte aus der Rede des Genossen Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrats der SVR Albanien, vor der Volksversammlung 1968 wieder, als Albanien den Warschauer Vertrag kündigte, da er zu einem Aggressionsinstrument in der Hand der sowjetischen Sozialimperialisten geworden war, er zeigt Genossen Enver Hoxha bei seiner Wahlrede am 3. Oktober 1974.



Deutsche Erstaufführung des Films „Vier Lieder der Partei" in Westberlin.

Die Zukunft

Das vierte Lied: „Die Zukunft" zeigt das feste Vertrauen, mit dem das albanische Volk in die Zukunft blickt. Dieses Vertrauen in die Zukunft beruht auf dem Vertrauen in die Partei der Arbeit. Sie hat durch ihre prinzipienfeste Politik die unzerstörbare Einheit von Partei und Volk geschmiedet. Unter ihrer Führung wurde Albanien zum Leuchtfeuer des Sozialismus. Unter ihrer Fürsorge wachsen die zukünftigen Generationen heran.

Die Kinder des heutigen Albanien müssen ihre Lehrerin fragen, was eine Kirche oder Moschee ist, was Steuern sind, was Malaria und andere — auch gesellschaftliche Krankheiten — der kapitalistisch-revisionistischen Welt sind. Sie kennen diese Dinge nicht, weil sie in Albanien längst ausgerottet sind. Dafür wissen sie, wieviel Kilowatt das größte Wasserkraftwerk des Landes erzeugt oder was das Hüttenkombinat in Elbasan herstellt. Sie werden in der Liebe zur Partei und zum Sozialismus erzogen. Sie wachsen gesund heran, und in ihren kleinen Händen liegt die sichere Zukunft des sozialistischen Albanien. Ihnen ruft der Film abschließend optimistisch zu: „Schreite vorwärts, Zukunft!"

Ein Film des sozialistischen Realismus

Der Film „Vier Lieder für die Partei" ist ein begeisternder Film. Er ist tatsächlich, wie es im Untertitel heißt, ein filmisches Gedicht. An diesem Film wird deutlich, daß sich der albanische Film in seiner Methode von den Filmen, die bei uns gewöhnlich in den Kinos laufen, grundlegend unterscheidet. Denn er läßt sich — wie die gesamte albanische Literatur und Kunst — von der Methode des sozialistischen Realismus leiten. Er schildert die Kämpfe des Volkes und seiner Partei, zeigt die Realität, kopiert sie aber nicht einfach, sondern stellt ihre Entwicklung dar; er zeigt, wie aus dem Alten das Neue entsteht, arbeitet die Dynamik der Entwicklung, die optimistische Perspektive heraus. Dieses Prinzip der Wirklichkeitstreue, an das sich der albanische Film hält, hängt eng zusammen mit dem von ihm angewandten Prinzip der proletarischen Parteilichkeit. Der Film nimmt Stellung zu den geschilderten Ereignissen, zur Realität, und zwar begeisternd und positiv gegenüber dem sprühenden Leben im heutigen Albanien, jedoch geißelnd gegenüber der alten Welt, ihren Erscheinungen der Fäulnis, und dem feindlichen Druck von außen. All dies ist in diesem Film in vollendeter Art und Weise verwirklicht.

Daß die Vorführung dieses Films bei den Werktätigen in Albanien so große Begeisterung ausgelöst hat, ist kein Wunder. Denn sie selbst sind es letztlich, die im Mittelpunkt des Films stehen, sie können sich selbst auf der Leinwand wiedererkennen. Ihre Heldentaten sind es, die der Film in meisterhafter Weise besingt. Darüber heißt es in dem Film: **„Die neue Zeit hat ihre Helden hervorgebracht, vor allem das große Massenheldentum. Es gilt die Devise: Einer für alle, alle für einen."**

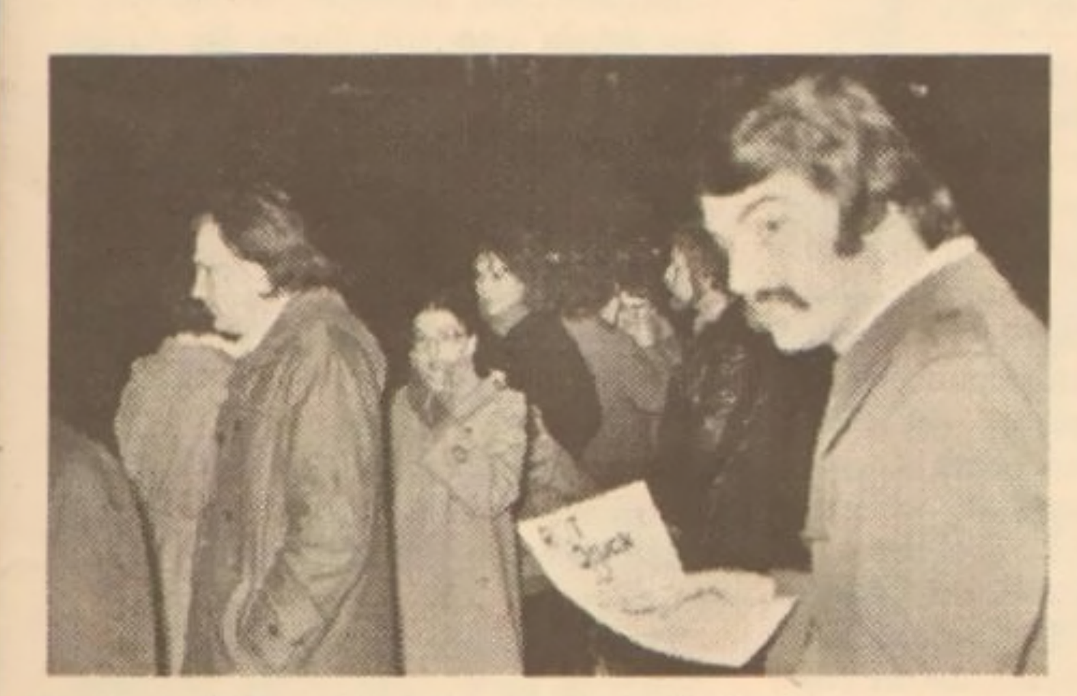


Gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten standen die Druckereiarbeiter im Kampf. Der verräterischen Schwerpunktstreiktaktik des IG-Drupa-Apparats, die auch den Aussperrungsterror ermöglichte, setzten sie die Forderung nach bundesweitem Vollstreik entgegen. Die Partei griff an mehreren Orten in die Kämpfe ein und unterstützte sie nach Kräften.



Metaller im Kampf für eine 8%ige Lohnerhöhung und Absicherung gegen Rationalisierung. Auch sie sind empört über die Spaltungsmanöver der Bonzen und fordern wirksame Kampfmaßnahmen, um dem Aussperrungsterror zu begegnen. Auch bei Metall griffen die Zellen der Partei richtungsweisend in den Kampf ein.

März im Bild



Hamburg: Kollegen lesen den „Rotdruck", die Zeitung der Partei für die Druckbetriebe.



Wuppertal: Streikposten vor dem „General Anzeiger".



Frankfurt: Großes Interesse für das Extrablatt des „Roten Morgen" bei einer Kundgebung der Druckereiarbeiter.



Essen: Demonstration der Druckereiarbeiter.



Düsseldorf: Solidaritätsaufruf der Partei.



Dortmund: Über 2.000 (nicht, wie im letzten „Roten Morgen" berichtet, über 3.000) Zuschauer erlebten das begeisternde Arbeitertheater-Festival. Hier der Sieger im Wettbewerb, der Agitproptrupp des Landesbezirks Hamburg-Unterelbe der KPD/ML, das „Rote Sprachrohr".



Münster: Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen, an der sich auch die Partei beteiligte.



Heidelberg: Mit faschistischem Terror überfiel die Polizei ein Studentenwohnheim und verwüstete es. Die Studenten leisteten Widerstand.



Stuttgart: Streikposten diskutieren mit „Roter Morgen"-Verkäufern.



Erste Erfolge für die RGO bei den Betriebsratswahlen: Alle drei Kandidaten der Roten Liste bei Cassella ziehen in den Betriebsrat ein. Bei BASF ist ein Kandidat der RGO in den Betriebsrat gewählt.



Emsdetten: Genossen der Roten Garde standen in den ersten Reihen, als Antifaschisten eine provokatorische Kundgebung der Faschisten angriffen.



Duisburg: Demonstration der Thyssen-Arbeiter gegen eine geplante Stillegung.

Aus aller Welt

Spanien: Politischer Gefangener zu Tode gefoltert

Einem Attentat ist in Madrid der Generaldirektor des spanischen Strafvollzugs, Jesus Haddad, zum Opfer gefallen. Die reaktionären Behörden vermuten, daß es sich dabei um einen Racheakt für die Ermordung des politischen Gefangenen Agustin Rueda handelt. Der 25jährige war am 14. 3. in einer Todeszelle des berüchtigten Gefängnisses Carabanchel seinen Verletzungen erlegen.

Wie inzwischen bekannt wurde, ist Agustin Rueda von seinen beamteten Mördern in diese Zelle gebracht worden, weil sie von ihm durch brutale Folter ein „Geständnis" erpressen wollten. Stundenlang schlugen die Henker mit Knüppeln und Schlagringen auf den Gefangenen ein. Jedes Mal, wenn er ohnmächtig wurde, brachten sie ihn mit Wassergüssen wieder zu Bewußtsein. Wie es in Spanien üblich ist, war bei dieser brutalen Folter auch ein Arzt anwesend. Aber dieser Verbrecher hatte nicht etwa die Aufgabe, dem Gefolterten zu helfen. Nein, er beteiligte sich selbst aktiv an den Torturen. Auch die Krankenstation des Gefängnisses Carabanchel verweigerte dem Gefangenen jede ärztliche Hilfe. So ist Agustin Rueda nach 15stündigen Qualen gestorben.

Der bestialische Mord an dem politischen Gefangenen löste eine Welle des Protestes im ganzen Land aus. In Madrid trugen Demonstranten den Sarg des Ermordeten durch die Stadt. Aber auch vor einem Angriff auf die Trauernden schreckte das Regime nicht zurück. Die Polizei überfiel die Demonstrationen in mehreren Städten und verhaftete 30 Teilnehmer. So zeigen die Herren Spaniens ihre faschistische Fratze.

Wer fühlt sich durch diese Verbrechen eines reaktionären Polizeistaats nicht an die Vorfälle in Stammheim erinnert, an den Tod des Genossen Günter Routhier in Duisburg und den Trauerzug zu seinen Ehren, der ebenfalls von der Polizei auseinandergeknüppelt wurde. Einen Unterschied gibt es allerdings: Sogar der faschistische spanische Staat sah sich aufgrund der Massenproteste veranlaßt, die Mörder Agustin Ruedas unter Anklage zu stellen. Die Verantwortlichen für die Vorgänge in Duisburg oder Stammheim aber, sie laufen immer noch frei herum, bekleiden weiter ihre Funktionen im staatlichen Unterdrückungsapparat.

Albanien: Genosse Enver Hoxha besucht den Bezirk Gjirokastra



Genosse Enver in Fieri

In diesem Monat weilte der Genosse Enver Hoxha, der 1. Sekretär des Zentralkomitees der PAA, begleitet von der Genossin Nexhmije Hoxha, Mitglied des Zentralkomitees der PAA, zu einem längeren Besuch im Bezirk Gjirokastra.

Während der Reise besuchte der Genosse Enver auch die Stadt Fieri, wo er mit leitenden Kadern der Partei und der Volksmacht dieser Stadt zusammentraf.

Im Bezirk Gjirokastra traf der Genossen Enver Hoxha mit Werktätigen der Partei und der Volksmacht, mit Veteranen des antifaschistischen nationalen Befreiungskampfes, mit Familienangehörigen der in Ehren Gefallenen, mit Menschen verschiedener Berufe und Altersstufen zusammen und führte mit ihnen herzliche Gespräche. Die Freude der Einwohner von Gjirokastra war unbeschreiblich. Sie alle wollten den geliebten Führer der Partei und des Volkes treffen, wollten ihm die Hand schütteln.

Dieser warmherzige Empfang ist ein Ausdruck der grenzenlosen Liebe des albanischen Volkes für die Partei der Arbeit, der ehernen Einheit zwischen Partei und Volk, die das sozialistische Albanien unbesiegbar macht.

Am 17. März wurde in der Stadt Gjirokastra eine Großkundgebung durchgeführt. Tausende Einwohner der Stadt und der umliegenden Dörfer säumten den Platz. Sie trugen rote Fahnen, Transparente, Porträts der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie des Genossen Enver und der anderen Führer der Partei und der Volksmacht. Als Genosse Enver Hoxha die Tribüne betrat, erhob sich ein minutenlanger stürmischer Beifall.

Der Genosse Enver begrüßte aufs wärmste die Teilnehmer der Kundgebung und sprach über die heldenhafte Arbeit und die gewaltigen Erfolge des albanischen Volkes unter der Führung der PAA. „Zwischen Volk und Partei", so sagte er, „besteht völlige Einheit. Dies ist der größte Sieg unserer Zeit."

Genosse Enver ging dann auf die Geschichte des heldenhaften Befreiungskampfes des albanischen Volkes ein. Er sprach über die großen wirtschaftlichen Erfolge, die unter der Diktatur des Proletariats errungen wurden. Er betonte, daß die Partei der Entwicklung der Industrie den Vorrang eingeräumt hat, daß sich jedoch auch die Landwirtschaft stürmisch entwickelt. Er sagte: „Alles wird durch Arbeit, durch Mühe, durch unsere geistigen und körperlichen Kräfte, durch die Mittel, die uns die Partei gegeben hat, erreicht."

Genosse Enver Hoxha ging auch auf die internationale Lage ein. Die PAA und das Volk stehen nach wie vor im unnachgiebigen Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen den modernen Revisionismus und die Reaktion. Die PAA, betonte Genosse Enver, hat die internationale Lage einer Klassenanalyse unterzogen und ist prinzipienfest gegen die „Theorie der drei Welten" und gegen die Theorie der sogenannten blockfreien Länder aufgetreten.

Zum Abschluß seiner Rede beglückwünschte Genosse Enver Hoxha die werktätigen Massen im Bezirk Gjirokastra zu den von ihnen erzielten Erfolgen. Nach der Kundgebung brachten die Anwesenden mit anhaltendem Beifall ihrer Begeisterung für die PAA und den Genossen Enver zum Ausdruck. Noch lange nach der Kundgebung erklangen auf dem Platz Volkslieder und Volkstänze.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



"Offener Brief" der Gruppe Rote Fahne

Hetze gegen die proletarische Diktatur

Wieder einmal haben die Führer der Gruppe Rote Fahne die Spalten ihres gleichnamigen Organs mit einem „Offenen Brief an die Mitglieder und Anhänger der KPD/ML" gefüllt. Sie präsentieren, genau gesagt: verfälschen, ein internes Dokument unserer Partei, die Stellungnahme des Zentralkomitees zu der Frage, „ob Mao Tsetung als Klassiker des Marxismus-Leninismus eingeschätzt werden kann." Dabei versuchen sie den Eindruck zu erwecken, als würde unsere Partei Mao Tsetung in Grund und Boden verdammen. Aber worum geht es tatsächlich?

Zunächst einmal: In dem Dokument wird eindeutig festgestellt: „Auch wenn wir der Meinung sind, daß Mao Tsetung kein Klassiker ist, halten wir ihn dennoch für einen großen Revolutionär, der an der Spitze der KP Chinas das chinesische Volk zum Sieg in der Revolution geführt hat. Ihn zu verdammen oder sogar auf eine Stufe mit den Revisionisten zu stellen, die jetzt die Führung der KP Chinas gänzlich an sich gerissen haben, wäre völlig falsch."

Warum hat unser Zentralkomitee diese Frage aufgeworfen? Es wird in unserer Partei eine Diskussion geführt über die Gründe, die es den Revisionisten ermöglichten, sowohl in der chinesischen Partei wie auch im Staat die Macht zu übernehmen. Selbstverständlich schließt eine solche Diskussion auch die ernsthafte Erörterung der Position Mao Tsetungs ein, der ja bis zu seinem Tod an der Spitze der KP Chinas gestanden hat.

Ausgerechnet die Führer der GRF, die früher jahrelang mit der Anklage gegen uns hausieren gegangen sind, wir würden sklavisch der Linie der KPCh folgen, wir würden alles nachbeten, was aus China kommt usw., ausgerechnet sie wollen der Partei eine solche auf dem Boden des Marxismus-Leninismus geführte Diskussion zum Vorwurf machen. Aber es zeigt sich ja heute in aller Deutlichkeit, was es mit diesen demagogischen Anklagen auf sich hatte. Denn was ihnen damals in den Jahren unmittelbar nach der Kulturrevolution durchaus nicht paßte, war die Tatsache, daß wir richtige Positionen der KPCh verteidigt haben. Aber heute, wo die revisionistische Linie sich in der KPCh durchgesetzt hat, sind sie es, die sich eifrig bemühen, den revisionistischen Plunder der Deng und Hua hier zu verkaufen.

In unserer Partei ist es üblich, daß über entscheidende Fragen unter der Leitung des Zentralkomitees eine Debatte in allen Grundorganisationen geführt wird. Die KPD/ML ist eben eine bolschewistische Partei, in der nach den marxistisch-leninistischen Normen des demokratischen Zentralismus verfahren wird. Für die Führer der GRF, die nur das prinzipienlose opportunistische Dekretieren kennen, sind das allerdings böhmische Dörfer.

Sehen wir uns doch nur einmal an, wie sie umgekehrt an die Frage der Einschätzung des Genossen Stalin herangehen. In den Dokumenten ihres letzten Parteitags wird Stalin in eine Reihe mit anderen Klassikern des Marxismus-Leninismus gestellt. In dem „Offenen Brief" wird — nicht offen, sondern in der für diese Leute so typischen Hinterhältigkeit — dem Genossen Stalin unterstellt, er habe den Klassenkampf im Sozialismus geleugnet. Was heißt das denn? Wenn jemand den Klassenkampf, die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung leugnet, so heißt das nicht nur, daß er kein Klassiker sein kann, dann ist er schlicht ein Opportunist. Offenbar ist genau das die Meinung der GRF-Führung über den Genossen Stalin. Aber warum sagen sie das dann nicht offen? Wo ist bei ihnen die Diskussion geführt worden über solche unverschämten Angriffe gegen einen Führer des Weltproletariats, der auf den Feierveranstaltungen scheinheilig in eine Reihe mit Marx, Engels und Lenin gestellt wird?

Jetzt haben die Führer der GRF — wie wir hören — das interne Dokument unserer Partei als Broschüre verbreitet. Eine dankenswerte Initiative, ermöglicht sie doch den Mitgliedern und Anhängern der GRF, sich mit den korrekten Positionen unserer Partei auseinanderzusetzen. Was unsere Partei betrifft, so werden wir nach Abschluß der Parteidiskussion die entsprechend überarbeitete Fassung der Stellungnahme veröffentlichen.

In der Stellungnahme unseres Zentralkomitees werden u. a. falsche Auffassungen Mao Tsetungs über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zurückgewiesen. Zu dieser Frage hat unsere Partei erst vor kurzem ausführlich Stellung genommen („Verteidigt Stalins Lehren über den Klassenkampf", RM 9/78.) Wir haben darin die Richtigkeit der Leninschen und Stalinschen Lehre nachgewiesen, nach der das Proletariat an der Macht die ihm feindlichen, die Ausbeuterklassen liquidieren und seine unnachgiebige Diktatur über die Überreste dieser Klassen sowie über neu entstandene bürgerliche Elemente ausüben und für die werktätigen Massen eine breite Demokratie entfalten muß.

GRF gegen „Einparteienherrschaft"

So wird in der Stellungnahme auch zurecht die Parole „Laßt hundert Blumen blühen" zurückgewiesen, nach der neben der Blume der proletarischen Ideologie auch die Sumpfblüten der reaktionären, bürgerlichen Ideologie erblühen sollen. Hören wir, was die GRF-Fälscher daraus machen: „Die Frage, wie man mit nichtmarxistischen Ideologien und **den nichtproletarischen Teilen des Volkes** umgeht, wird in der Stellungnahme vor allem so beantwortet: Unterdrückung." (Hervorhebung von uns — RM.) Welche Infamie gehört doch dazu, die reaktionären Sumpfblüten der Bourgeoisie, die der proletarischen Staat allerdings unterdrücken muß, auf eine Stufe zu stellen mit den nichtproletarischen Teilen des Volkes, wie z. B. der Bauernschaft, für die es im Sozialismus breite Demokratie gibt. Damit bedient sich die GRF eines der ältesten und plumpesten Tricks aus der Kiste des Antikommunismus. Denn seit jeher schreit ja die Bourgeoisie gegen den Sozialismus: „Wo es für uns keine Freiheit gibt, da wird auch das Volk unterdrückt."

In diesen Chor stimmen die GRF-Führer ein. Freiheit für die bürgerliche Ideologie, das ist ihre Parole. Und sie gehen noch weiter. Denn was nutzt der Bourgeoisie die Meinungsfreiheit, wenn sie nicht das Recht hat, sich zur Durchsetzung ihrer konterrevolutionären Machenschaften zu organisieren. Also ruft die GRF: Schluß mit der „Einparteienherrschaft"!

Dabei können sich diese Leute natürlich auf Hua und Deng berufen. Denn bekanntlich thronten beim jüngsten Volkskongreß in China neben diesen Revisionisten auch die Delegierten verschiedener bürgerlicher Parteien, die im heutigen China eine neue Blüte erleben. Sogar der Panchen Lama, das Oberhaupt des reaktionären tibetanischen Klerus, der früher vergeblich versucht hatte, die Volksherrschaft zu stürzen, gab sich dort die Ehre. Er fühlte sich offenbar äußerst wohl in der Gesellschaft der neuen Herren Chinas. Aber die GRF-Führer wollen auch in dieser Frage ihre „kommunistische" Maskerade herausputzen. Sie wissen natürlich genau, daß sie mit dem Berufen auf Deng und Hua nur Hohngelächter ernten. Also muß Lenin herhalten. Sie schreiben: „Lenin trat in Rußland nach der Oktoberrevolution nicht aus ‚Prinzip' für die Einparteienherrschaft ein, sondern weil alle anderen Parteien einschließlich der linken Sozialrevolutionäre, mit denen die Bolschewiki zunächst eine Koalition bildeten, auf die Seite der Konterrevolution übergingen."

Das liegt eben an einer „Kleinigkeit", die die Herren von der GRF mit ihrer Schwärmerei von der Parteienvielfalt vergessen machen möchten. Das liegt daran, wie in jedem Lehrbuch des Kommunismus nachzulesen ist, daß die Parteien der politische Ausdruck der Klassen sind. Für die Sozialrevolutionäre z. B. hat Lenin selbst nachgewiesen, daß sie die Partei der Kulaken, der Dorfbourgeoisie waren. Also, sollte das sowjetische Proletariat, sollten die Bolschewiki mit diesen Blutsaugern eine Koalition bis in alle Ewigkeit eingehen? Offenbar ist das die Meinung der GRF-Führer. Denn sie bejubeln ja auch die Tatsache, daß in China 30 Jahre nach der Befreiung die Parteien der Bourgeoisie offen ihr Haupt erheben.

Nun sind solche Ideen ja keineswegs neu. Man findet sie in den Programmen aller revisionistischen Parteien von Rom bis Düsseldorf. Auch dort wird vom Mehrparteiensystem geschwärmt, von der Meinungsfreiheit für alle und jeden Reaktionär usw. Wenn die Führer der GRF jetzt auf diesen Kurs eingeschwenkt sind, wenn sie den bürgerlichen Parteien einen Platz in ihrem „Sozialismus" garantieren, so ist das eine Sache. Nur — wie lächerlich sind doch diese Marktschreier des Mehrparteiensystems, wenn sie in ihrem „Offenen Brief" ausgerechnet uns vorwerfen, wir würden den Klassenkampf im Sozialismus nicht anerkennen, die Möglichkeit der revisionistischen Entartung leugnen usw.

Verhöhnung der Kulturrevolution

Haben wir denn jemals bestritten, daß es in der KPCh zwei Linien gab und gibt? Nein, aber wir sind gegen die zweite, die bürgerliche Linie aufgetreten. Und heute, wo diese Linie an der Macht ist, wo sie den marxistisch-leninistischen Parteien ihre konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" aufzwingen will, treten wir ihr im Feld des internationalen Klassenkampfs entgegen. Die GRF aber erkennt zwar die Existenz zweier Linien an, sie ist aber entschieden dagegen, daß die bürgerliche Linie bekämpft wird. Und es ist nicht nur so, daß sie heute den Vertretern dieser Linie, den Deng und Hua, wie ein Hund auf Schritt und Tritt folgt. Die GRF-Führer sind eben prinzipiell für die Duldung der bürgerlichen Elemente nicht nur in der sozialistischen Gesellschaft, sondern auch in der Kommunistischen Partei. Ein Beispiel: In der Stellungnahme hat sich unser Zentralkomitee dagegen gewandt, daß in China längst entlarvte Konterrevolutionäre wie Wang Ming nicht nur in der Partei, sondern auch im ZK bleiben durften, daß ähnlich liberal mit solchen erklärten Feindes des Volkes und Bluthunden wie Liu und Deng verfahren wurde.

Die GRF-Führer aber machen sich zu Anwälten dieser bürgerlichen Machthaber: „Nehmen wir einmal an, Mao Tsetung hätte Liu Schao-tschi in den 50er oder 60er Jahren den Kopf abschlagen lassen, seine Parteigänger ‚schonungslos' ausgeschlossen und das zu einem großen Sieg über eine parteifeindliche Gruppe erklärt. Was wäre damit gewonnen gewesen: nichts. Die Kulturrevolution, diese Massenschule im Kampf gegen die kapitalistischen Machthaber und den kapitalistischen Weg wäre ‚überflüssig' gewesen", usw. usf.

Ja, was wäre dadurch gewonnen gewesen? Was ist überhaupt dadurch gewonnen, daß das Proletariat den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führt? Nach Ansicht der GRF offenbar nichts. Denn das Ziel dieses Kampfes ist es ja schließlich, den Klassenfeind niederzuschlagen und zu vernichten. Und genau das will die GRF mit allen Mitteln verhindern, mit der absurden Begründung: Das Proletariat im Sozialismus braucht die Bourgeoisie, damit es die Kulturrevolution durchführen kann!

So verhöhnen diese Leute die Kulturrevolution, indem sie sie praktisch zum Selbstzweck, zu einer Art Lehrstück erklären. Aber diese große Revolution, die auch stets die Unterstützung unserer Partei gefunden hat, war ein Kampf auf Leben und Tod. Warum mußte denn das chinesische Proletariat den Kampf in dieser Form führen, der ja auch bewaffnete Auseinandersetzungen einschloß? Eben deshalb, weil die Bourgeoisie eine so starke Stellung hatte, weil sie bereitstand, ihre uneingeschränkte blutige Diktatur über die Massen zu errichten. Und die Tatsache, daß auch nach der Kulturrevolution nicht das revolutionäre Werk vollendet und die Bourgeoisie nicht schonungslos niedergeschlagen wurde, daß vielmehr die Konterrevolutionäre vom Schlage eines Deng erneut Machtpositionen in der Partei einnehmen konnten und so die alten Zustände praktisch wiederhergestellt wurden, diese Tatsache ist ein wesentlicher Grund dafür, daß nach dem Tode des Revolutionärs Mao Tsetung die Bourgeoisie die Macht über China an sich reißen konnte.

Die GRF-Führer hetzen gegen die Diktatur des Proletariats und wollen der Arbeiterklasse einen „Sozialismus" verkaufen, in dem auch die Bourgeoisie ihren Platz hat. Mit ihren Schauergeschichten über die Schrecken der „Einparteienherrschaft" werden sie vielleicht ein paar Kleinbürger mehr vom Sozialismus abschrecken. Die klassenbewußten Arbeiter jedoch werden sich bedanken für diese Art von „Sozialismus", in dem die bürgerlichen Parteien einen Ehrenplatz erhalten sollen und — nach dem Pekinger Vorbild — damit zu rechnen ist, daß auf einem Volkskongreß neben dem Herrn Semler auch der Herr Strauß und der Kardinal Frings am Präsidium Platz nehmen.

Der israelische Zionismus - Todfeind der Völker

In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" sind wir auf den reaktionären und rassistischen Charakter des Zionismus eingegangen. Wir haben gezeigt, daß es zwischen ihm und dem Hitlerfaschismus nicht nur Übereinstimmung gab, sondern daß die Führer des Zionismus, wie etwa der heutige israelische Staatschef Begin, aktiv an der Seite der deutschen Faschisten im Kampf gegen die Völker der Welt gestanden haben. Weiter wurde gezeigt, daß sich die Zionisten von Anfang an als bewaffneter Stoßtrupp des Imperialismus gegen die Befreiungsbewegung der arabischen Völker verstanden haben.

Wie ist der Staat Israel entstanden?

Die Zionisten hatten an der Seite der britischen Imperialisten den Aufstand des palästinensischen Volkes niedergeschlagen. Sie waren in den Dienst der deutschen Faschisten getreten. Ist es da verwunderlich, daß sie nach dem Ende des Krieges derjenigen Macht ihre Ergebenheit bekundeten, die sich anschickte, in den Fußstapfen Hitlers die Weltherrschaft anzutreten, nämlich dem amerikanischen Imperialismus? Die Wallstreet-Herren wußten sehr wohl, daß sie, um die Reichtümer des Nahen Ostens in ihre Hände zu bekommen, die arabische Befreiungsbewegung niederschlagen mußten. Und auch sie sahen in den Zionisten eine wichtige Waffe gegen diese Bewegung. Um die Zionisten zu stärken, gaben sie grünes Licht für die Gründung eines jüdischen Staates auf dem Boden Palästinas.

1948 hatten die Zionisten erst 5,6% der Fläche jenes Landes in ihrem Besitz. Sie entfesselten in den ersten Monaten jenes Jahres eine blutige Terrorkampagne gegen das Volk von Palästina. Einer der grausamsten Höhepunkte dieses Feldzugs war das Massaker von Deir Yassin. Und es war die faschistische Irgun unter dem Kommando Begins, die dieses Blutbad ausführte. Sie umstellte das Dorf zu einer Zeit, wo die Männer draußen auf den Feldern zur Arbeit waren. Die Bewohner, meist Frauen und Kinder, wurden zusammengetrieben und von den Faschisten grausam ermordet. 250 Palästinenser starben in Deir Yassin. Die zionistischen Henker selbst sorgten dafür, daß sich die Nachricht von diesem Massaker über ganz Palästina verbreitete. Ihre Lautsprecherwagen fuhren durch die Dörfer und kündigten überall den Menschen das gleiche Schicksal an, wenn sie nicht Palästina verlassen würden.

Begin bekannte später in seiner Biografie offen: „Das Massaker war nicht nur gerechtfertigt, sondern es würde auch ohne den ‚Sieg' von Deir Yassin keinen Staat Israel geben." So dreist und unverhohlen bekennen sie sich zu ihren Verbrechen. Und tatsächlich, ohne Deir Yassin, ohne die anderen Massaker an der Bevölkerung des Landes, ohne die Vertreibung von 400.000 Palästinensern allein in diesen Monaten hätten die Zionisten im Mai 1948 nicht ihren Staat Israel auf dem Boden Palästinas gründen können.

Die Vertreibung des palästinensischen Volkes. In dem mit „Israel" bezeichneten Gebiet leben noch ca. 370.000 Palästinenser. Weitere ca. 400.000 Angehörige sind in nicht auf der Karte verzeichnete arabische Länder, bzw. nach Europa oder Amerika ausgewandert.

SYRIEN 296 936 / 47 159 — LIBANON 187 529 / 94 621 — Beirut — Damaskus — Kuneitra — Haifa — Tel Aviv — Jerusalem — Gaza — ISRAEL — JORDANIEN — Amman — Westjordanien 283 430 / 72 678 — Gaza-Streifen 327 629 / 196 256 — Ostjordanien 799 035 / 209 000

Flüchtlingslager · Städte — Palästinenser 1896 559, davon in Lagern 622 113 — Von Israel besetzte Gebiete

Ist Israel ein demokratischer Staat?

Ein solcher Staat, der auf der Vertreibung und der blutigen Unterdrückung eines Volkes gegründet ist, kann niemals demokratisch sein. Und mögen auch die Herren dieses Staates, wie es einige zionistische Parteien tun, sich Sozialisten nennen. Heute lebt der größte Teil des palästinensischen Volkes, von den Bajonetten der Zionisten ins Exil getrieben, außerhalb der Grenzen seiner Heimat. Und der Teil des Volks von Palästina, der unter zionistischer Herrschaft lebt, ist einer grausamen faschistischen Diktatur unterworfen. Er steht, aller Rechte beraubt, faktisch unter Kriegsrecht. Die Zionisten haben Tausende von Palästinensern eingekerkert und unterwerfen sie einer brutalen Folter. Sie machen die arabischen Dörfer dem Erdboden gleich und errichten dort ihre Wehrdörfer. Die unter zionistischer Herrschaft lebenden Palästinenser sind Menschen zweiter Klasse, billige rechtlose Arbeitssklaven, genauso, wie es die Schwarzen in Südafrika sind.

Aber auch die jüdischen Menschen in Palästina leiden unter dem Joch der faschistischen Diktatur der zionistischen Bourgeoisie. Viele dieser Menschen sind gegen ihren Willen nach Palästina gekommen. Sie wurden Opfer des Menschenhandels der Zionisten mit den Nazis. Oder des Menschenhandels, den die Herren in Tel Aviv heute mit den russischen Sozialimperialisten betreiben. Für amerikanische Dollars schicken die Kreml-Herren Zehntausende von Juden nach Palästina. Menschen, die oft dem sozialfaschistischen Regime entrinnen, aber nicht in die Hände der Zionisten fallen wollen. Immer wieder wehren sich ganze Gruppen dieser russischen Juden gegen ihre Verfrachtung nach Israel und suchen in anderen Ländern Zuflucht.

Um die in den arabischen Ländern lebenden Juden zur Einwanderung nach Palästina zu bewegen, haben die Zionisten eine Strategie des Terrors und der Panikmache entwickelt. So sprengten z. B. ihre Agenten im Irak die Synagogen in die Luft, schoben diese Terrorakte den Arabern in die Schuhe und erzeugten so ein Klima der Angst, in dem sich viele irakische Juden zur Auswanderung nach Palästina entschlossen. Andere Juden in den verschiedenen Ländern wiederum glaubten den Lügen und Verlockungen der Zionisten von einem „Paradies" Israel.

Aber die bittere Wahrheit ist: Die jüdischen Werktätigen leiden unter den Folgen der durch die riesigen Rüstungsausgaben verschärften kapitalistischen Krise. Unzählige werden auf den Schlachtfeldern der zionistischen Eroberungskriege geopfert. Und viele jüdische Antizionisten sind in Terrorprozessen als „Spione" abgeurteilt worden.





Zionistischer Terror gegen arabische (links) und gegen jüdische Werktätige (rechts).

Muß Israel Verteidigungskriege führen?

Die israelischen Zionisten haben 1948 einen Teil Palästinas mit faschistischer Gewalt an sich gerissen. Seitdem reden sie von der „Notwendigkeit sicherer Grenzen für Israel", versuchen sie, ihre Feldzüge als Verteidigungskriege hinzustellen. Tatsächlich aber dienen all diese Kriege ihren eigenen räuberischen Zielen und den Interessen der Imperialisten, die arabischen Länder zu schwächen und die revolutionäre Bewegung niederzuhalten.

1956, als die Regierung Nassers den Suezkanal unter die Kontrolle Ägyptens stellte, überfielen die Zionisten im Verein mit britischen und französischen Truppen Ägypten. 1967, als die Regierung in Syrien Schritte unternahm, um die nationale Kontrolle über das Erdöl und seine Verbindungswege zu stärken, waren wieder die Zionisten zur Stelle und brachen den sogenannten Junikrieg gegen Syrien und andere arabische Länder vom Zaun.

Vor allem aber ist der zionistische Staat ein Instrument der Imperialisten, um die revolutionäre antiimperialistische Volksbewegung anzugreifen und niederzuschlagen. Unzählige Angriffe haben die Zionisten über die Grenzen hinweg unternommen, um die revolutionären Massen — vor allem die im Exil lebenden Palästinenser — anzugreifen, ihre Lager und Dörfer zu bombardieren. In vielen Fällen gingen sie dabei gemeinsam mit der arabischen Reaktion vor, so wie 1970 mit dem jordanischen Regime und in den letzten Monaten mit den libanesischen Faschisten. Wie sie selbst, so sind auch diese Kräfte eng mit dem amerikanischen Imperialismus verbunden und handeln nach seinen Weisungen.

Was bedeutet die „deutsch-israelische Freundschaft"?

Die westdeutschen Imperialisten, die stets an der Seite der Zionisten zu finden sind, reden mit dem Hinweis auf die Verbrechen der Hitler-Diktatur an den Juden von der Notwendigkeit besonderer Beziehungen, von der deutsch-israelischen Freundschaft. Sie haben Milliarden als sogenannte Wiedergutmachung nach Israel überwiesen. Und dafür haben sie von den Zionisten die Bestätigung erkauft, daß sie nunmehr echte Demokraten seien und es so für die Völker keinen Grund mehr gebe, dem deutschen Imperialismus mit Mißtrauen und Besorgnis entgegenzutreten. Für die blutbefleckten Monopolherren vom Schlage der Flick, Krupp und Thyssen war diese „Freisprechung" durch die Zionisten, die ja demagogisch als Sprecher des leidgeprüften Judentums auftreten, eine wichtige Voraussetzung, um nach dem Krieg unter einem neuen, einem demokratischen Etikett ihre alten imperialistischen Ziele weiterzuverfolgen.

Und die andere Seite des Geschäfts mit der Wiedergutmachung? Wer bekam denn die Bonner Milliarden? Nicht etwa die wirklichen Opfer der faschistischen Terrorherrschaft. Nein, diese Gelder flossen in die Tresore des zionistischen Staates, in die Taschen der Führer dieses Staates vom Schlage eines Begin. Solcher Leute also, die selbst Parteigänger des Faschismus waren. Die mit den Milliarden aus unseren Steuergeldern ihre aggressive Kriegsmaschine finanzierten. Und auch die Waffen für diesen Militärapparat wurden aus Bonn geliefert.

Diese Freundschaft ist nichts anderes als eine Kumpanei zwischen Reaktionären. Unser Volk kann mit dieser Art von Freundschaft nichts zu tun haben. In seinem Namen haben die Faschisten Millionen Juden ermordet. Aber das kann nicht bedeuten, daß wir jetzt an der Seite der Krupp und Thyssen für die Freundschaft mit den Begin und Co., den Schlächtern am palästinensischen Volk eintreten. Nein, das Vermächtnis, das sich für uns aus den Verbrechen der Hitler-Diktatur ergibt, ist, daß wir mit allen Kräften dafür kämpfen, daß die faschistische Bestie nie wieder ihr Haupt erhebt. Und das heißt nichts anderes, als die Wurzeln des Faschismus, den Imperialismus, zu vernichten.

Unsere Solidarität gehört dem palästinensischen Volk, gehört den jüdischen Werktätigen in Israel. Die Bonner Herren aber benutzen ihre „besonderen Beziehungen" zu den Zionisten heute vor allem dazu, ihre imperialistischen Positionen im Nahen Osten zu verstärken. Gemeinsam mit den Supermächten, mit der ganzen Weltreaktion stellen sie sich hinter Israel, hinter seine Aggressionen, um die Völker des Nahen Ostens zu schwächen, und an dem Raubzug an ihren Reichtümern teilzunehmen.

Was will die palästinensische Revolution?





Palästinensische Freiheitskämpfer — antizionistische jüdische Demonstranten.

Das palästinensische Volk hat seit jeher den Kampf gegen die Fremdherrschaft geführt, gegen die türkischen Sultane, die britischen Imperialisten und die zionistischen Kolonisatoren. Auch die Gründung des Staates Israel konnte nur gegen den erbitterten bewaffneten Widerstand dieses Volkes vollzogen werden.

Am 1. Januar 1965 sprengten palästinensische Partisanen eine Einrichtung der Zionisten in Israel. Dieser Tag gilt seither als der Beginn der neuen palästinensischen Revolution. Seit diesem Tag entwickelte sich sowohl innerhalb des besetzten Palästinas wie auch in den Flüchtlingslagern der Palästinenser in Jordanien, Libanon, Syrien usw. eine machtvolle revolutionäre Bewegung. Das Ziel, um das sich die palästinensischen Patrioten im bewaffneten Kampf zusammenschlossen, ist die Zerschlagung des zionistischen Staates, die Befreiung des gesamten Bodens Palästinas von der Herrschaft der Besatzer.

Die Zionisten und ihre Verbündeten haben immer versucht, dieses gerechte Ziel zu verfälschen. Nichts wird von ihnen mit solcher Hartnäckigkeit wiederholt wie die Behauptung, daß die Palästinenser „die Juden ins Meer treiben" wollen. Aber die palästinensischen Patrioten kämpfen nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus. Und gerade weil der Zionismus nicht nur der Feind des palästinensischen Volkes, sondern auch der der Juden ist, treten die palästinensischen Patrioten für ein enges Kampfbündnis mit den werktätigen Juden Israels ein. So sagte etwa Abu Iyad, ein Mitglied des ZK der Al Fatah: „Unser Verhalten gegenüber den Juden war niemals zweideutig, wir werden immer eindeutig Stellung beziehen. Wenn wir als Ziel unseres Kampfes das Zusammenleben von Juden und Arabern in einem fortschrittlichen antiimperialistischen Palästina nach der Zerschlagung des Zionismus proklamieren, dann bedeutet das, daß wir auf der Seite eines jeden verfolgten und unterdrückten Juden stehen, daß wir bereit sind, ihm ein Gewehr zu geben und gemeinsam mit ihm zu kämpfen."

Heute entwickeln sich die Kämpfe der jüdischen Werktätigen immer mehr. Auf die Versuche der zionistischen Bourgeoisie, die Löhne der Arbeiter zu senken und ihnen noch mehr Lasten aufzubürden, antworten die Arbeiter mit machtvollen Streiks. Unter den Jugendlichen hat sich eine breite Bewegung für die Ablehnung des Kriegsdienstes für die Zionisten entfaltet. Die Parole dieser Jugendlichen ist: „Wir wollen nicht den Arabern das antun, was die Faschisten unseren Vätern angetan haben."

Der entschiedenste Teil der jüdischen antizionistischen Opposition kämpft in den Reihen der palästinensischen Revolution. Und das ist die einzige Perspektive für die jüdischen Werktätigen. Der Staat Israel ist auf Terror, auf der Vertreibung eines ganzen Volkes aufgebaut. Ein solcher Staat kann nicht umgewandelt, er muß zerschlagen werden. An seiner Stelle wird ein freies Palästina entstehen, in dem die jüdischen Werktätigen gleichberechtigt unter ihren arabischen Brüdern leben.

Ölpest vor Frankreich

Ein Verbrechen der Wallstreet-Bosse

Die Küste auf 110 km verdreckt, die Vogelwelt vernichtet, die Austernzucht und der Fischbestand verloren, die Küstenwirtschaft der bretonischen Bevölkerung auf ein Jahrzehnt ruiniert — das ist das Ergebnis der Havarie des Supertankers „Amoco Cadiz", der am 16. 3. vor der Küste der Bretagne auflief und auseinanderbrach. Der größte Teil der 233.000 Tonnen Rohöl hat sich inzwischen ins Meer ergossen.

Die französische Regierung hatte nach früheren Unglücken großmäulig geprahlt, alles sei für den Notfall vorbereitet. In Wirklichkeit waren nicht die geringsten Vorsorgen getroffen, eine Pumpe zum Absaugen des Öls mußte sogar aus den USA herangeschafft werden. Bis zum Wahlsonntag hatten die Behörden das Ausmaß der Katastrophe heruntergespielt, um nicht die Bevölkerung gegen die Regierungspartei aufzubringen.

Am 20. 3. demonstrierten Fischer vor der Unterpräfektur in Brest und



Eine Kloake hat das angespülte Öl aus dieser Badebucht nahe Brest gemacht — Die Austernzucht ist verloren, der Fischfang unmöglich. Fischer demonstrierten am Montag vor der Unterpräfektur, weil sie durch die Ölverseuchung ihre Existenzgrundlage verloren haben.

brachten ihre Empörung zum Ausdruck.

Die „Amoco Cadiz", deren Ruderausfall die Havarie verursacht hatte, fuhr unter liberianischer Flagge, einer sogenannten „billigen Flagge". Unter „billigen Flaggen" fahrende Schiffe brauchen nicht den notwendigen Sicherheitsbestimmungen zu unterliegen. „Clevere" Reeder nutzen diese Möglichkeit aus, um Kosten zu sparen und profitabler zu wirtschaften. Was sich diese Seekapitalisten unter billigen Flaggen alles erlauben, davon macht sich kein Sterblicher einen Begriff. Da werden Schiffe mit drei Mann Besatzung auf hohe See geschickt, da fungieren ausgebildete Matrosen, die „einen intelligenten Eindruck machen", als Kapitäne von Ozeanriesen, da sind — laut „Spiegel" Nr. 15/77 — allein vier Schiffe ausgelaufen, von denen man nie wieder etwas gehört hat. Kein Mitglied der Besatzung konnte ein Funkgerät bedienen, um SOS zu funken! Mit diesen Methoden machen die Reedereien ihre Superprofite! Und wenn etwas passiert? Dann gibt man die Schuld dem Kapitän, wie auch in diesem Fall, wo der italienische Kapitän wegen „Verschmutzung des Meeres" angeklagt wurde.

Aber auch gleich ein zweiter Kapitän muß in diesem Fall mit einer Anklage rechnen: der Kapitän des deutschen Schleppers „Pacific". Eine halbe Stunde nach dem Ruderschaden des Tankers war er bereits zur Stelle, mußte am Ort aber erst einmal wegen der Abschleppgebühren verhandeln. Nach vielen Funksprüchen mit ihren Reedereien kam dann nach Stunden (!) eine Einigung zustande, während der Tanker auf die Küste zutrieb. Dadurch ging kostbare Zeit verloren. Die Schuld gibt man natürlich dem Kapitän! Wie sehr die kapitalistischen Hintermänner dieses Unglücks gedeckt werden, kann man daran sehen, daß in den Presseberichten die wahren Schuldigen fast nirgends genannt werden: die „Standard Oil of Indiana", USA! Die wahren Verbrecher sind die Wallstreet-Bosse!

Bremen

Patienten als Versuchskaninchen

Sie liegen im Krankenhaus, der Arzt verschreibt ein Medikament. Der „Herr im weißen Kittel" macht Ihnen Hoffnung, daß Sie bald gesund sind. Nur — was Sie nicht wissen, er hat Ihnen gerade ein unwirksames Präparat gegeben. Sie sind „Versuchskaninchen" in einem Arzneimitteltest, die „Gegenprobe" für einen Patienten, an dem die Wirksamkeit eines neuen Medikamentes untersucht wird. Das kann es nicht geben? Nun — in Bremen mußte der Gesundheitssenator kürzlich zugeben: In vier Bremer Krankenhäusern haben die Chefärzte solche Arzneimittelerprobungen durchgeführt, ohne daß die Patienten davon wußten.

Es ist die Pharma-Industrie, die auf diese Versuchsreihen drängt und den Ärzten reichlich vergütet. So bekam in Bremen ein Arzt 8.000 Mark, ein anderer eine Flugreise ins Ausland. In der Regel sind es zwischen 1.000 und 1.500 Mark, die die Pharma-Vertreter den Ärzten in die Kitteltasche stecken. Man sollte denken, daß die Gesundheitsbehörde einschritt, als sie von den „Nebenverdiensten" der staatlichen Ärzte hörte. Nein, der Gesundheitssenator bemängelte nur, daß diese „Nebentätigkeit" nicht angemeldet war: „Dies heißt aber nicht, daß die Gesundheitsbehörde insgeheim gemachte Zuwendungen an Ärzte prinzipiell als verwerflich ansieht." Hauptsache, die Form ist gewahrt. Und die Unterschrift des Patienten ist da, daß er mit den Versuchen einverstanden ist. Versuche, die nur in seltenen Fällen tatsächlich der medizinischen Wissenschaft dienen, in der Regel jedoch den Profitinteressen der Pharma-Konzerne nutzen.

Typisch hierfür ist die Untersuchungsreihe für das Leberschutzpräparat „Legalon". Dieses Medikament wurde 1969 von der Arzneimittelfirma Madaus auf den Markt gebracht. 1973 ergab ein Gutachten der kassenärztlichen Vereinigung, daß Legalon praktisch wirkungslos ist. Madaus drohte dem Bundesverband der Ortskrankenkassen eine Klage an, falls er die Verordnung von Legalon durch Kassenärzte verbietet. Seither gibt es Legalon immer noch. Der Test im Bremer Krankenhaus, den Madaus finanzierte, war wissenschaftlich gesehen wertlos. Kein Vergleich, kein Beweis für die Wirksamkeit. Aber die Firma setzt ihn ein, um für das Präparat zu werben. Schließlich entfallen fast 20% des Jahresumsatzes von Madaus (100 Millionen Mark) auf Legalon. Diese Arzneimittelerprobungen, die nicht nur in Bremen, sondern an vielen Krankenhäusern stattfinden, zeigen, daß im Mittelpunkt des kapitalistischen Gesundheitssystems nicht der Mensch, sondern der Profit steht.

Im Fernsehen - Superstar Jesus

Vor und auch während der Feiertage gibt es im Fernsehen gewöhnlich den „Fortsetzungsschinken". Diesmal war es allerdings nicht Jack London oder Dostojewski. Professor Holzamer vom ZDF hatte die „größte Geschichte aller Zeiten" eingekauft: Vier abendfüllende Folgen von „Jesus von Nazareth". Ein Film, so „bibelfest", daß wir wohl bald in Kirchen und Buchläden eine Kampagne „Das Buch zum Film" erleben werden. Überall, wo die amerikanischen Produzenten diese Filmproduktion bereits verkauften, zeigten sich Bourgeoisie und Kirchen hocherfreut. Und in Amerika auch der Waschmittelkonzern Procter and Gamble, der die Fernsehvorführung „gesponsort" hatte, also den Film jeweils mit Werbespots nach dem Motto „Weißer geht's nicht" unterbrach.

Dieser „Jesus" war in der Tat ein „Superstar". Umgeben von Filmgrößen wie Anthony Quinn, Claudia Cardinale zog der „junge Held" ein Spektakel ab: mitleidvoll, leidend, gütig. Und damit auch niemand die Höhepunkte verpaßte, setzten zum richtigen Zeitpunkt die Geiger des Philharmonischen Orchesters ein, tauchte hinter „Jesus" strahlendes Licht auf, fuhr die Kamera auf den Helden zu, damit er wie beim „Wort zum Sonntag" auch direkt den Zuschauer ansprechen konnte. Und aus seinem Munde: ein Bibelzitat nach dem anderen. Auf daß uns das „Herz aufgehe..." Denn die „Botschaft" dieses Films war nur allzu deutlich: Liebe deine Feinde! Nicht umsonst stellten die Macher der Fernsehfolge die „Jesus-Geschichte" nicht zeitlos dar, sondern ging auf die historische Situation ein. Sie zeigten die römische Besatzung von Palästina, zeigten Armut und Unterdrückung des Volkes. Man sah Aufruhr, Aufstände gegen die römischen Besatzer. Und Barnabas war nicht wie in der Bibel ein „Krimineller", sondern ein Anführer, der zum Kampf gegen die Römer aufrief. Eben vor diesem „Hintergrund" wurde „Jesus" als der „eigentliche Held" vorgeführt: „Gefährlicher" für die römischen Besatzer und ihre Kollaborateure als ein „Barnabas"! Weil er zu „Versöhnung", zum „sozialen Frieden" aufrief! Genau dies ist die Aufgabe, die zu allen Zeiten die herrschenden Klassen der „Geschichte von Jesus" zudachten, das Volk vom gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abzuhalten. Ihm einzureden, daß der „Glaube" „Frieden auf Erden" sichert, daß „Gebete" die Unterdrückung beseitigen, daß es im „Leben nach dem Tode" Gerechtigkeit gibt. In Zeiten, in denen der Klassenkampf anwächst, haben die Herrschenden immer gerne auf diese 2.000 Jahre alte Geschichte zurückgegriffen. Der Vierteiler in der Osterwoche ist sicher erst der Anfang für die „Jesus-Welle" im Fernsehen.

Stade

Strahlenunfall im AKW

Ein gefährlicher Unfall hat sich offenbar im Atomkraftwerk Stade an der Unterelbe ereignet. Wie der RM erfuhr, sollte die Kieler Zweigstelle der Aachener Firma Kranz Reparaturen an der Lüftungsanlage durchführen. Radioaktiv verseuchte Luft soll in einem Teil des AKWs ausgeströmt sein. Der Kollege, der mit der Reparatur beauftragt war, sollte eine Erklärung unterschreiben, mit der er sich verpflichtete, über den Unfall und seine gesamte Tätigkeit im AKW strengstes Stillschweigen zu wahren.

Außerdem mußte er ein spezielles Führungszeugnis von der Polizei vorlegen. Für die Arbeit in dem verseuchten Bereich bot man ihm eine Prämie von 60 Prozent auf seinen Lohn. Der Kollege lehnte jedoch ab und kündigte bei der Firma, die auf solche gefährlichen Aufträge spezialisiert ist. Er berichtet, daß diese Art von Arbeiten nur von Junggesellen ausgeführt werden dürfen. Vor einiger Zeit mußte einer seiner Kollegen in eine Spezialklinik eingeliefert werden, weil er starken radioaktiven Strahlungen ausgesetzt war.

Diese Tatsachen werfen ein bezeichnendes Licht auf das Bonner Atomenergieprogramm. Während die Herren in Bonn und die hinter ihnen stehenden Monopole wie Siemens und AEG gar nicht genug von der angeblich „absoluten Sicherheit" ihrer Atomkraftwerke reden können, gilt in den AKWs der Grundsatz vollständiger Geheimhaltung. So war es auch bei den letzten bekannt gewordenen Unfällen in Gundremmingen und Ohu. Trotz der großen Gefahren, die daraus für die Bevölkerung erwuchsen, wurden diese Unfälle systematisch totgeschwiegen.

Die Monopole, die Milliarden an den AKWs verdienen, und die Organe ihres Staates wollen nicht, daß durch Meldungen über die sich häufenden Strahlenunfälle die Empörung und der Kampf der Werktätigen gegen die Atomkraftwerke noch wächst. Deshalb vertuschen sie diese Unfälle. Auch auf die Gefahr hin, daß die gefährdete Bevölkerung sich nicht rechtzeitig schützen kann und möglicherweise einem solchen Unfall ahnungslos zum Opfer fällt.